

Ver eins=Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hülfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 48.

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementpreis 1.50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schnalenbeckerstr. 17, Fernspr. Rmt 3, 3622.

Hamburg,

Sonnabend, 28. November 1908.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Petitzelle
oder deren Raum 40 Pfz. (Der Betrag ist
stets vorher einzuführen.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

22. Jahrg.

Kollegen! Agitiert für den Verband.

Sozialpolitiker aus ehrlicher Überzeugung oder Eigennutz.

Unsere Unternehmer sind bekanntlich nach so manchen mit großer Ausdauer und unter erheblichen Opfern geführten Kämpfen durch unseren Verband gezwungen worden, mit den Tarifverträgen, von denen noch im Oktober v. J. die „Südd. Maler-Btg.“ sagte, ihre Anerkennung erfolge durch die Arbeitgeber vielfach nur „der Not gehorrend, als dem eigenen Triebe“, als mit einer unabänderlichen Tatsache zu rechnen, können also der Lohndrückerei und Ausbeutung der Gehülfen nicht mehr so unbehindert obliegen wie früher. Darum treten sie nun neuerdings auch öffentlich für Tarife ein, stellen es so hin, als wäre diese ihre veränderte Stellungnahme ihrer fortgeschrittenen sozialpolitischen Einsicht zu danken und treten mit Worten auch tatsächlich gegen dieselben zünftlerisch-beschränkten tariffeindlichen Auffassungen auf, gegen die unser Verband bis in die jüngsten Tage mit den schärfsten Waffen unter dem Autogehul der gesamten Arbeitgeberchaft erbitterte Kämpfe führen mußte. Man versichert, daß man nur das Beste der Gehülfenschaft wolle, ihre Organisation als völlig gleichberechtigt anerkenne, berechtigte Forderungen anstandslos erfüllen, den „sozialen Frieden im Gewerbe“ herbeiführen, der Gehülfenschaft zum Aufsteigen zu besseren Verhältnissen verhelfen werde und vieles andere mehr. Demgegenüber sind wir jedoch nicht leichtgläubig genug, um anzunehmen, daß unsere Unternehmer etwa neuerdings sozialpolitisch erleuchtet und von Arbeiterfreundlichkeit erfüllt worden wären, sodass sie berechtigte Gehülfenforderungen tatsächlich erfüllen würden, wenn es dabei nicht zugleich für sie ein nicht zu kleines Geschäft zu machen gäbe. Für diese unsere skeptische Auffassung einige Belege.

Tauchte da im Herbst v. J. in der Presse die Nachricht auf, die für Leute, die den Schneckenangang unserer Sozialpolitik kennen, nur die Bedeutung einer Ente, ähnlich der berühmten Geeschlange, hatte, daß die Reichsregierung ernstlich an der Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung arbeite. Sofort bekam es die sozialpolitisch erleuchtete „Südd. M.-Btg.“ mit der Angst zu tun, es könnte der Arbeiterschaft ihre schlimmste Geißel in ihren furchtbaren Wirkungen etwas abgeschwächt werden, was natürlich für unsere Kollegen, die zu 75 Prozent alljährlich monatlang durch sie Not und Elend durchmachen müssen, von großem Segen sein würde. Genanntes Organ unserer Arbeitgeberverbände, das nicht genug um staatliche Unterstützung in allen möglichen und unmöglichen Angelegenheiten fordern kann, versteigerte sich damals zu folgendem Stoßauszer:

„In dem Maße, wie der Staat die Arbeiter unterstützt, in dem Maße, wie er ihnen die Sorge für die Zukunft abnimmt, in dem Maße werden ihre Kräfte frei für den Massenkampf. — Durch die geplante Arbeitslosenversicherung werden die Gewerkschaftsklassen noch mehr entlastet zugunsten der Lohnkämpfe. Die Folge hiervon wäre, daß durch die schrankenlose Ausbeutung des Koalitionsrechts, unterstützt von einer kräftigen Fasse, die Arbeiter derartige Löhne (!!) und eine so vertürzte Arbeitszeit (!!) erreichen, daß eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt zur Unmöglichkeit wird.“

Dann man sich mehr sozialpolitische Rückständigkeit, entsprungener arbeiterfeindlichen, von skrupellosem Egoismus diktiierten Grundanschauung über gesellschaftliche Pflichten denkt, als hier in drei Sätzen zusammen gedrängt wurde? Weil durch eine eventl. staatliche Arbeitslosenfürsorge die Gewerkschaften finanziell entlastet werden, dadurch den Unternehmern höhere Löhne abtrohen (Sonst heißt es immer, die Unternehmer zahlt höhere Löhne auch ohne das Vorgehen der Gewerkschaften) und eine vertürzte Arbeitszeit erreichen, also auch hierdurch die Arbeitslosigkeit einschränken könnten, deshalb muß Front gemacht werden gegen einen sozialpolitischen Fortschritt, der außerdem noch in weiter Ferne liegt. Alle so schön gemeinte Arbeiterfreundlichkeit zerfließt, wie hier gezeigt, in nichts, wenn dem Vorgehen der Gewerkschaften „schrankenlose Ausbeutung des Koalitionsrechts unterstützt

durch eine kräftige Fasse“ sagt das Unternehmerorgan — Vorschub geleistet und dadurch unseren Kollegen ein wirtschaftlicher Vorteil geboten werden könnte. Ist es doch auch ein zu behagliches Gefühl für ein echtes Unternehmergemüt, zu wissen, daß regelmäßig im Jahre Monate kommen, in denen die Gehülfen durch die Arbeitslosigkeit leicht mürbe gemacht werden und die Willkür der Arbeitgeber zu spüren bekommen können, zumal wenn sie sich von der korrekten und energischen Vertretung ihrer Interessen nicht abringen lassen.

Doch neben politischen und wirtschaftlichen, soll die Sache dem Unternehmertum nach der „Süddutschen“ auch noch moralischen Schaden bereiten. Und so heißt es denn weiter:

„Kann man denn dadurch Charaktere erziehen, daß man die Menschen frei macht von jeder Sorge? Der Mensch wäre ja ein Narr, der noch lernt und strebt, wenn er die Gewissheit hat, daß für ihn in allen Lebenslagen gesorgt wird. Dies Gefühl muß ja geradezu den Charakter verderben! Je freier von Sorgen die Arbeiter sind, je mehr freie Zeit sie haben, desto weniger wird die Allgemeinheit Nutzen davon haben. . . . Die Arbeiter sollen sich selbst helfen und des Grundsatzes eingedenkt sein: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not.“

Ganz recht, wie man aber sparen und sich selbst hessen soll, wenn man durch regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit alljährlich aller Mittel beraubt wird, ohne daß die Allgemeinheit sich verpflichtet fühlt, für solche Schädigungen einzutreten, wie man eintritt für den Mittelstand, die Großindustriellen, ein überflüssiges Zimlerium und andere Parasitäre, ist das Geheimnis der edlen Seele, die hier das mitfühlende Herz des Unternehmertums so offenkundig enthüllte. Der Charakter soll leiden. Der Trieb zum Lernen und Streben soll erschöpft werden, wenn der Mensch frei ist von Sorgen, wenn er mehr freie Zeit hat als jetzt den Arbeitern zur Verfügung steht. Demnach muß allen schwerreichen Geldsäcken und sonstigen faulen Drohnen der menschlichen Gesellschaft der Charakter verdorben werden, das Lernen und Streben abhanden gekommen sein. Die Arbeiter stehen demnach mit ihrem Charakter und in ihrer Leistungsfähigkeit am höchsten da und es wäre recht nett, wenn der Arbeitgeberverband bewirkt, daß die Unternehmer sich frei machen von ihrem, sie so korrumptierenden Besitz. Oder verderben besseres Einkommen, kürzere Arbeitszeit, Losgelösstein von Not und Sorge nur bei Arbeitern den Charakter, während umgekehrt unter denselben Umständen Unternehmer entsprechend ihrer Einkommensvermehrung emporsteigen zu Stücken der Gesellschaft, zu immer höheren Ehren, zu größeren Rechten und zu dem Unrecht, vom Staat in ausgiebigstem Maße Unterstützung anzunehmen, ohne daß diese als schädliche Wohlbaten anzusehen wären?

Derselbe Gedanke wurde in dem zitierten Organ auch wieder in der Nummer vom 1. November d. J. gesponnen. Nachdem man dort mit den großen Zahlen der Statistik der Arbeiterversicherung in bekannter Weise herumgeworfen und von ausgeübter Vergewaltigung in den Krankenkassen durch „die Hebamme der Partei und die auf demselben Standpunkt stehenden gewerkschaftlichen Vereinigungen“ gesetzt hat, heißt es weiter:

„Biel schwerer wiegt eine andere Folge unserer Arbeiterversicherung. Das ist die demoralisierende Wirkung, die die gesamte Fürsorgegesetzgebung (schöne Bezeichnung übrigens. D. Red.) auf die Massen entfaltet hat. Das Pflichtgefühl, die Energie, für sich beizutreten selbst zu sorgen, haben in den breiten Massen bedenklich nachgelassen; so läuft die soziale Fürsorge das Vertrauen in die eigene Kraft und züchtigt Charakter Schwäche. Sie erzieht unseren Arbeiterstand dazu, sich in allen Nöten des Lebens auf die staatliche Fürsorge (für sein schönes Geld. D. Red.) zu verlassen, und wo die auf legalem Wege nicht zu erreichen ist, zur Simulation, zur Übertriebung, kurz zum Betrug zu greifen.“

Man sieht, die „Arbeitgeberzeitung“ macht Schule. Besser könnte ihr ruppiger Tintenkuli sich auch nicht gebärden!

Auch wenn jemand gewissermaßen dauernd frank sei,

so wirke der Entschluß doch demoralisierend, „ein altes Leid zu bauen, um in arbeitsloser Zeit Krankengeld zu verlangen.“ Besonders schmerlich ist dem so selbstlos um das Wohl der Arbeiter besorgten Unternehmerorgan dabei, daß trotz aller Arbeiterversicherung die Arbeiterbewegung nicht in ein Nichts verflüchtigt ist und den Unternehmern das zeitweilige Erhöhen der Löhne, die Verkürzung der Arbeitszeit und wohl auch die Tarife erspart hat, sondern weiter und weiter voranschreitet. Denn so heißt es zum Schluss: „Das Versöhnungswerk der Sozialreform . . . wollte Zufriedenheit erzielen und zog Begehrlichkeit groß.“ Kein Wunder, wenn der Süddeutsche Arbeitgeberverband der Malermeister usw. in dem Jahresbericht der unterfränkischen Handwerkssammer sich vernehmen ließ:

„Wenig ermunternd für den Handwerkerstand sind die durch die drohende Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung zu erwartenden Neubelastungen für Witwen-, Waisen- und Arbeitslosenversicherung. Es wäre höchste Zeit, wenn hier die Gesetzgebungsmaschine wenigstens solange stoppen würde, bis sich über die Wirkungen (!!) der bereits bestehenden Sozialgesetze ein endgültiges Urteil fällen läßt und man auch wenigstens einen Teil (!) der berechtigten Wünsche des Handwerkerstandes erfüllt hat.“

Und Herr Schulz, Präsident des Malerbundes und Vorsitzender im Arbeitgeberverband, der sich nach außen immer als ein gar großer Sozialpolitiker vor dem Herrn ausgibt und in jeder seiner schönen Reden mindestens einmal erklärt, daß sein vornehmster Grundsatz heiße: „Durch Zwang zur Freiheit“, ließ sich auf dem Obermeistertag am 10. September d. J. u. a. also vernehmen:

„Sie wissen, daß im Versicherungswesen sich eine vollständige Reformation vollzieht. . . . Sie werden auch gehört haben, daß wir dabei im großen ganzen nicht gut abschneiden werden, denn es wird uns wieder ein großer Teil unserer Freiheit genommen werden. Wir werden wieder ein Stück weiter dem Staatssozialismus (!?) zutreiben. . . . Es werden wieder weniger freie Bürger. . . . Es wird herauskommen vor allen Dingen wieder eine Mehrbelastung des Gewerbestandes.“

So fürchtet man sich vor jedem Fortschritt der Sozialreform, wenn dadurch dem Unternehmertum irgend welches Opfer in Aussicht stehen und nicht lediglich die Freiheit des Unternehmertums verbunden mit der Unterdrückung der Arbeiter gefördert werden sollte.

Doch aber auch das Gerede von der unabdingten Gleichberechtigung, die man den Arbeitern und deren Vertretern angedeihen lassen will, nicht erst zu nehmen ist, das zeigt eine Bemerkung in dem Organ unseres Arbeitgeberverbandes für Mitteldeutschland, „Der Maler“, vom 1. November d. J. anlässlich einer Befreiung über die Vorschläge des Regierungsrates Dominius in Straßburg über öffentliche Arbeitsnachweise. Nachdem man dort gegen die Vorschläge in längeren Ausführungen polemisiert hat, heißt es zum Schluss, die Sachlage werde „noch besonders geklärt durch die vorgesehene Bestimmung, daß in die öffentlichen Arbeitsnachweise möglichst die Vertreter der Gewerkschaften zu wählen sind. Die Arbeitgeber sollen also gezwungen werden, mit den Gewerkschaften über Arbeiterfragen zu verhandeln, unter der Regie des Staates.“ Und von der Anerkennung der doch selbst für jedes sozialpolitische Kind ganz selbstverständlichen Gleichberechtigung schließt der „Maler“ mit einer Logik, die dem ehrwürdigsten Innungsherrn, alle Ehre machen würde: Die Schaffung solcher Arbeitsnachweise solle demnach „gar nicht dem Zwecke der Arbeitsvermittlung, sondern nur der Nebenbelastung des Unternehmertums und seiner Auslieferung in die Hände der Gewerkschaften dienen.“ (!!)

Summa summarum. Beanspruchen die Arbeiter von der Allgemeinheit die ihnen zukommende Hilfe, wo sie im Interesse dieser Allgemeinheit Lasten tragen, die zu tragen ihnen allein auf die Dauer vom Standpunkt einer vernünftigen Sozialreform nicht zugemutet werden kann, ja nicht einmal zugemutet werden darf, soll die Gesellschaft nicht selbst unermesslichen Schaden leiden, so schreit das Unternehmertum als der natürliche Gegner der Arbeiter-

schaft Ach und Weh über die schädlichen politischen, wirtschaftlichen und moralischen Folgen, die entstehen sollen, wenn dem Arbeiter Gerechtigkeit wird. Man kommt über die Belastung des Unternehmertums, wenn dem Arbeiter durch etwaige Vorteile der Sozialpolitik nicht zugleich die Möglichkeit genommen wird, mit Hilfe seiner Organisation bessere Löhne und eine genügend kurze Arbeitszeit zu erreichen, denn gerade auf solch positive Vorteile soll ja der Arbeiter verzichten, wenn ihm durch staatliches Eingreifen einige sonstige Erleichterungen werden. Neben einer eventuellen Arbeitslosenunterstützung ist besonders die Verkürzung der Arbeitszeit dem Unternehmertum ein Dorn im Auge, wird doch durch diese die Arbeitslosigkeit am wesentlichsten mit vermindert, was insbesondere dem Unternehmertum ein Stück seiner Herrschaft über die Geschäftsforschung kostet. Man rebet von der Freiheit, die man für sich durch aufzuerlegenden Zwang in der Organisation eringen will, tut so, als habe man sich zur unbedingten Anerkennung der Arbeiterorganisationen in jeder Hinsicht durchgerungen, sieht aber in der faktischen Gleichberechtigung, von alten zünftlerischen Schrullen geplagt, eine Siedlung des vom Herrendünkel noch nicht völlig kurrierten Unternehmertums. Man verlangt vom Staat alle möglichen Unterstützungen, mag es sich um die Niederhaltung der organisierten Arbeiterschaft handeln, oder um pekuniäre, moralische oder gesetzgeberische Unterstützung zur Förderung direkter Geschäftsinteressen, bei Abgrenzung der Berufsguppen, bei Ausschaltung unliebsamer Konkurrenz, bei der Preissetzung, Vergabe von Arbeiten, bei Einrichtung besonderer Versicherungsmöglichkeiten, bei der Förderung des Genossenschaftswesens usw. usw., als etwas ganz selbstverständliches und an keine sonstigen Bedingungen zu knüpfen, während die Arbeiter das ihnen auf Grund mindestens ebenso verbriefer Rechtstitel Dargebotene als Wohlstand empfinden, und sich dafür durch Aufgabe der ihnen garantierten Freiheiten und durch politisches Wohlverhalten dankbar erweisen sollen. Lassen sich die Arbeiter infolge der immer mehr sich ausbreitenden Klärung und der damit zusammengehenden Erweckung zum Selbstbewußtsein zu solchem arbeiterfeindlichen Tun nicht herbei, so lamentiert man unausgesetzt von den unerschwinglichen Lasten, die die sozialpolitische Gesetzung den Unternehmern angeblich auferlegt, denn man schwärmt ja für Sozialpolitik nicht um der Arbeiter willen, sondern wie oben gezeigt, um dabei selbst Vorteile einzuholen.

Daraus ergibt sich, daß unsere Unternehmer zu den unerlässlichen Anerkennung und Begeisterung für Tarifverträge keineswegs gekommen sind aus gewonneiner vorurteilsloser sozialpolitischer Erkenntnis; es dürften sonst nicht aus ihren Organen bei jeglichen sozialpolitischen Anlässen so durchaus jeder wirklichen Sozialpolitik feindselige Töne zu vernehmen sein.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung in Bayern.

Der Unterschied zwischen „Süd und Nord“ tritt im Laufe der letzten Zeit immer markanter in die Erziehung durch die ernsthafte Behandlung sozialpolitischer Fragen, wozu speziell in Bayern die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch unermüdliche praktische Tätigkeit ihr gut Teil beigetragen hat. Neben den vielen Verbesserungen, die durch die langjährigen Forderungen unserer Gewerkschaften endlich für die Staatsarbeiter bewilligt wurden, haben auch die aktuellen Fragen des Bauarbeiterchutes, der Gewerbeinspektion usw. eine starke Bewegung nach vorwärts erfahren. So wurde betreffs des Bauarbeiterchutes vom Minister zugestellt, daß eine Konferenz aus den Vertretern der Bauarbeiter, der bairischen Bauarbeiterkommisionen, der Techniker und der Bauunternehmer stattfinden wird, um über alle Fragen auf diesem Gebiete eine Einigung herzustellen und das Beste dann herauszutragen, um es für den Bauarbeiterchutz verwenden zu können. Gleichzeitig soll die Zentralstelle für Handel, Gewerbe und Industrie sich mit der Beschäftigung der Arbeiterinnen auf Bauten zu beschäftigen haben und plant die Regierung auf Grund des § 127 Abs. 2 der R. G. D. besondere Bestimmungen zu erlassen. Das Versprechen wegen einer Besprechung ist bereits am 16. November eingelöst worden und wurde dort der Bevölkerung gefaßt, daß die Beschäftigung der Arbeiterinnen auf Gerüsten, ebenso das Tragen von Mörtel, Steinen usw. auf Bauten verboten werden soll. Ferner wurde einstimmig zum Besluß erhoben, daß der § 153 der R. G. D. gestrichen werden soll.

Dann ist im Laufe der Session in Aussicht gestellt worden, daß zu den Gewerbeinspektoren auch aus den Reihen der Arbeiter Vertreter heranzuziehen Versuche gemacht werden sollen und endlich will die Regierung durch einen Gesetz die Gemeinden unter 20 000 Einwohnern hinweisen auf die Errichtung von Gewerbeberichten.

Die wichtigste sozialpolitische Frage ist jedoch unstrittig die der Arbeitslosenversicherung, die zunächst wohl für Bayern von höchstem Interesse ist, aber in ihren Konsequenzen weit über die weißblauen Grenzfähre hinaus von der allergrößten Bedeutung sein wird. Am 26. Februar d. J. hat der Abg. Simon in der Kammer folgenden Antrag gestellt:

„Es sei der Real-Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem Vereine (Gewerkschaften), die bei eintretender Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern statutenmäßig Unterstützung gewähren, einen Befreiung aus Staatsmitteln erhalten.“

In der Begründung dieses Antrages wurde in der Haupthalle ausgeführt, daß der Staat die Verpflichtung habe, der Arbeitslosigkeit zu steuern, genau so wie der Staat anderer Gesellschaften entsprechend verfügt werde, wie bei Hagel- und Viehversicherung. Grund-

entlastung u. s. w. Die Mittel der Gewerkschaften seien zu gering, um der Not wirkungsvoll begegnen zu können. Zwar haben die Gewerkschaften für diesen Zweck 1906 2553 296 Mark ausgegeben (1907: 6 527 577), allein die Gewerkschaften haben auch noch andere wichtige Aufgaben zu erfüllen, so daß sie bei ungünstiger Konjunktur dieser Aufgabe nicht in entsprechendem Maße nachkommen können. In Dänemark und Belgien sei eine weiter gehende Fürsorge bei Arbeitslosigkeit vorgenommen. Zum Schluss wurde hervorgehoben, bei einer Gesetzesvorlage in dieser Beziehung dürfe keinerlei Beschränkung in der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften eintreten.

Der Antrag wurde schließlich dem 10. (sozialpolitischen) Ausschuß überwiesen.

Um Schluß der Session gelangte der Antrag in der Form zur Annahme, daß die Regierung beauftragt wird, Erhebungen über den Anfang der Arbeitslosigkeit zu pflegen und sich mit den Interessenten in Verbindung zu setzen, um eine ex. Erführung der Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Genter Systems zu ermöglichen.

Inzwischen hat die Regierung die Vorarbeiten erledigt und eine Reihe von Fragen aufgestellt für eine Konferenz, die am 17. November in München stattfindet, zu der zunächst die Stadtmaistrale der acht grünen Städte, der bairische Landwirtschaftsrat, vier Landtagsabgeordnete, der Vorstand des Verbandes bair. Arbeitsnachweise, die Gewerkschaftsartelle München und Nürnberg, ferner die christlichen und Hirsch-Dunkerschen Kartelle der beiden genannten Städte, dann die Handels- und Gewerbeammer für Oberbayern und Mittelfranken, die Handwerkskammer für Oberbayern, und endlich die Abteilung der Zentralstelle für Handel, Gewerbe und Industrie eingeladen waren.

In dieser Sitzung, die der Minister von Breitreich eröffnete und leitete, wurde nach ausgiebiger Aussprache nach jeder Richtung hin beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die aus den verschiedensten Korporationen zusammengesetzt ist und die Aufgabe hat, innerhalb dreier Monate in dieser oder einer ähnlich zusammengesetzten Kommission Bericht zu erstatten und Vorschläge zu machen für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung unter Beteiligung der Gewerkschaften.

Mit dieser Frage beschäftigte sich auch eine in Nürnberg am 8. November abgehaltene Kartellkonferenz der bairischen Gewerkschaftsartelle, die neben den Referaten über die Organisierung der Wald- und Landarbeiter über Gewerkschaften und Genossenschaften und über Bezirksgerichte ein solches entgegennahm über die „Arbeitslosenfürsorge durch Staat und Gemeinde“. Auch hier wurde besonders betont, daß dieses Problem gegenwärtig eines der wichtigsten sei, daß aber alle Korporationen, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, noch nicht zu einem solchen Vorschlag gekommen wären, der gangbar wäre. Vergleiche jetzt die Frage außerordentlich brennend angesichts der Krise, die einen ungeheuren Überfluß an Arbeitskräften mit sich bringt, wie die Berichte des Reichsarbeitsrates beweisen.

Die Vorbereitungsmittel, die bis jetzt angewendet seien, bestünden mehr oder weniger in Notstandserklärungen, die aber in der Hauptache nur für die ungeliebten Arbeiter und für die Bauhandwerker in Betracht kommen. Die Arbeitslosenparkassen-Versuche wurden als ein Versuch mit unbekannten Mitteln bezeichnet und eine Resolution angenommen, die ausspricht, daß man sich von dem System der Unterstützung an die Gewerkschaften mit Geldmitteln seitens des Staates mehr verspreche, wie schon Beispiele in Gent und Straßburg beweisen. Ferner soll der Antrag der Regierung entsprechend allmonatlich von den Gewerkschaften zunächst in den 16 größeren Städten eine Arbeitslosenstatistik durchgeführt werden und soll die in München von den freien Gewerkschaften geschaffene Zentralstelle das Material zur weiteren Verarbeitung erhalten.

Wie man sieht, ist die Frage in ein Stadium getreten, das das Interesse aller Sozialreformer beanspruchen muß. Wir sind wohl alle davon überzeugt, daß eine Abschaffung der Arbeitslosigkeit selbst nur mit der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise erst möglich sein wird, allein dessen ungeachtet geben wir gerne daran, schon in dieser Gesellschaftsordnung Linderung und Hilfe den Arbeitslosen zu verschaffen. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit ist in keinem anderen Berufe so stark wie in unserem, denn eine 75-80prozentige Arbeitslosigkeit ist nichts Seltenes bei uns. Kommt dann noch eine Zeit der Krise, die eine Eindämmung der Baudurst zur Folge hat, und die meisten Arbeiter, die nicht absolut notwendig sind, zurückgesetzt werden, so sind erst recht Tausende unserer Berufskollegen auf der Straße, wie das leider schon im heutigen Sommer zum Teil der Fall war. Da ist es denn doch recht zu begrüßen, wenn solche Fragen einmal unsere herrschende Gesellschaft zur Sprache bringen lassen und so Mittel und Wege beraten werden, um die verschiedenen Vorschläge dann zu einem brauchbaren Ganzen zu verdichten. Gerade unsere Kollegen haben an dieser Frage ein eminentes Interesse und deshalb wird es auch ihre Pflicht sein müssen, das Material sammeln zu helfen, um der Gesellschaft zu zeigen, wie weit unser Gewerbe von der Arbeitslosigkeit ergriffen ist. Denn es gibt noch genug Leute, die immer noch der Meinung sind, in unserem Berufe ist ein stabiler Stamm von Arbeitern, wogegen wir konstateren könnten, daß jetzt schon seit Wochen in vielen Orten die verheiraten, anfängen wie die ledigen Kollegen auf dem Blatt liegen.

Wenn natürlich alle Leute so über die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit denken würden, wie der Junge Hahn unlängst im Reichstage sich ausgedrückt hat, daß die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit eine „Prämie auf die Faulheit“ sei, dann allerdings würde es noch lange dauern, bis an die Lösung dieser Frage herangetreten werden würde.

Wenn wir nun auch nicht der Ansicht sind, daß diese bedeutsame Frage zur Zufriedenheit aller gelöst werden kann, da eine Menge entgegenseitiger Interessen in Frage kommen, so ist es doch erfreulich, daß wenigstens ein Staat an ein solches Problem mit Ernst geht und sich nicht auf den Standpunkt eines solchen Herrenmenschen stellt, der sich noch niemals hat kümmern müssen, wo er sein Brot für die Kinder bekommt, sondern vielmehr immer darauf bedacht war, dem deutschen Arbeiter noch jeden Bissen Brot zu verteuern.

Wir möchten daher an alle Kollegen das dringende Erfüllen richten, die Karteikarten, die von unseren Verwaltungen zu diesem Zwecke auszugeben werden, wahrheitsgetreu und pünktlich auszufüllen und dadurch mit beizutragen, ein richtiges Spiegelbild des wirklichen Umanges der Arbeitslosigkeit zur Darstellung zu bringen.

Und mögen die Kollegen dessen eingedenkt sein, daß die Bissens, die durch die Erhebung gewonnen werden können, auch für uns selbst von hervorragendem Interesse sein werden bei den Tarifverhandlungen, die nächstes Jahr wieder stattfinden werden.

Auch da können wir einmal ein klares Bild der Verhältnisse zeichnen, das mittels der Statistik gewonnen worden ist. Gerade die Pflege der Statistik ist eine der wichtigsten Aufgaben unseres Verbandes, wollen wir diese richtig erfassen und diesem Punkt, der schon in dem § 1 unseres Verbandsstatuts enthalten ist, gebührend Rechnung tragen.

Erfüllt in dieser Hinsicht jeder Kollege seine Pflicht und stellt allmonatlich seine Karte aus, gibt sie dem Einlassier wieder oder liefert sie selbst ab, dann haben auch wir ein gut Teil zur Lösung dieser Frage beigetragen und die anscheinend unerheblichen Eintragungen des Einzelnen werden dann bei der Zusammenfassung aller Bissens ein wahres Bild der wirklichen Verhältnisse geben, und dann werden die Mittel zur Abhülfe dieses sozialen Missandes sicher besser gefunden werden können. Daher auf und die kleine Mühe nicht gescheut. Hülfte jeder seine Karte aus!

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor dem Reichstage.

I.

Nun hat sich auch der deutsche Reichstag mit der Frage der Massenarbeitslosigkeit beschäftigt. Das Zentrum hatte eine Anfrage gestellt, welche Maßnahmen der Reichskanzler zu ergreifen gedenke, um den durch die große Arbeitslosigkeit entstehenden Schäden entgegenzuwirken und die Sozialdemokraten fragten: „Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krisis, die sich in Betriebs einschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeitserentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen und durch die hohen Lebensmittelzölle gesteigerten Notstand weiter Volkschichten entgegenzuwirken?“

Als erster Redner sprach der Zentrumsabgeordnete Dr. Pieper, eine sozialpolitische Leuchte aus München-Gladbach. Er führte aus: „Die große Arbeitslosigkeit hat in einer internationalen Krise ihren Grund. Verschärfst ist sie noch dadurch, daß die Kartelle und Syndikate versuchen, die Preise solange als möglich hochzuhalten, und zu diesem Zweck Betriebs einschränkungen vorgenommen. Die Berichte der Fachverbände, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, zeigen ausnahmslos ein starkes Nachlassen der Arbeitslosigkeit. Zum Teil ist die Arbeitslosigkeit verdeckt dadurch, daß viele Unternehmer vielfach Peterschichten eingebettet. Unter den Folgen der Arbeitslosigkeit haben auch die Handwerker und Kaufleute zu leiden, die unter den Arbeitern ihren Absatz haben. Die große Arbeitslosigkeit bedeutet eine ungeheure Schädigung der Volksgefunden und Volkswohlfahrt. Daneben führt sie für die davon Betroffenen zu einer tiefen moralischen Verdrückung. Was kann nun zur Verminderung der Arbeitslosigkeit geschehen? Das Reich ist in der Postverwaltung, in der Pferdes- und Marinenverwaltung ein großer Arbeitgeber. Die vielen Millionen, die Jahr für Jahr für Bauten dieser Verwaltungen bewilligt werden, sollten nicht benutzt werden, um ausländische Arbeiter heranzuziehen und das deutsche Gewerbe hinter das ausländische zurückzustellen. Das Reich sollte alle Bauten, für welche Mittel ausgeworfen sind, sofort in Angriff nehmen. Neben dem Etat sollte uns im Dezember auch ein Notgebet vorgelegt werden, worin die Bewilligung derjenigen Bauten vorweggenommen wird, bei welchen ein Widerspruch nicht auftauchen wird. Noch mehr sind die Gemeinden imstande, etwas zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten zu tun. Auch an wohlhabende Private sollte der Appell ergehen, mit der Vergabe von Arbeiten, die sie vorhaben, jetzt nicht zurückzuhalten. Weiter wäre notwendig eine baldige vorzunehmende Arbeitslosenzählung, etwa im Januar. Diese Zählung wird ergeben, ob unsere Wirtschaftspolitik die richtige gewesen ist. Ich denke dabei nicht an die Zollpolitik, denn auch England leidet unter der Arbeitslosigkeit, sondern an die Kartellpolitik. Dann würde die Zählung auch beitragen zur Klärung des Problems der Arbeitslosenversicherung. Es wäre sehr wünschenswert, wenn alljährlich eine Arbeitslosenzählung stattfindet. Diese erscheint uns mindestens ebenso wichtig, wie die jetzt schon alljährlich erfolgende Viehzählung. Das wären die sofort zu ergreifenden Maßnahmen für die Zukunft. Eine in Betracht der Ausbau der paritätischen, gemeinnützigen Arbeitsnachweise. Diese müssen zentralisiert werden für ganze Bezirke, für Bundesstaaten, möglich auch für das Reich. Eine Ergänzung müssen die Arbeitsnachweise in Stadt und Land durch Wanderarbeitsstätten und Berufungsstationen finden. Nach Erledigung der Pensionsversicherung der Privatbeamten und der Witwen- und Waisenversicherung wird dann auch die Arbeitslosenversicherung für die gewerblichen Arbeiter erstrebt werden müssen. Schon jetzt können die Arbeitslosenversicherungen der Gewerkschaften unterstützt werden. Gewiß werden dabei die organisierten Arbeiter bevorzugt, aber die Unorganisierten können in dieser Weise nicht unterstützt werden, weil bei ihnen die genügende Kontrolle, daß wirklich Arbeitslosigkeit vorhanden ist, sehr schwierig, fast unmöglich ist. Eine Unterstützung der Unorganisierten kann nur durch Beschaffung von Notstandsarbeiten eintreten. Für die Zukunft verlangen wir eine gesunde Handelspolitik, eine gesunde Kartellpolitik, vor allem auch eine Fortführung der Sozialpolitik, auch in der Richtung, daß der Fortschritt der Organisationen und der Abschluß von Tarifverträgen unterstützt wird, die sehr viel zur Verhinderung und Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen können. Vor allem ist jetzt aber notwendig die Beschaffung von Arbeit. Denn die Sozialpolitik darf für den Arbeiter vor allem nicht in den schweren Stunden der Arbeitslosigkeit verlaufen.“

Wenn das die ganze München-Gladbacher Weisheit ist, so ist sie lämmertlich genug. Der große Sozialpolitiker Dr. Pieper behandelt das Problem der Arbeitslosigkeit nach dem Rezepte: Wasch den Pels, aber mach ihn nicht nackt! Er fordert die Behörden auf, keine ausländischen Arbeiter mehr heranzuziehen und vergiß dabei, daß die privaten Ausleiter, Großgrundbesitzer, Wasserkapitalisten, Schlossbarone, Großindustrielle usw. ihres Profits wegen Deutschland mit minderwertigen aber billigen Arbeitsträgern aus dem Auslande überschwemmen. Das echt kapitalistische Prinzip, statt echten Materials Surrogate zu verwenden, findet auch in Bezug auf die menschliche Arbeitskraft Universal und die Geldsack-Patrioten

werden sich wohl wenig um die Mahnung des Münchener Gladbachs kümmern, da ihr nationales Interesse beim Gedanken aufhort. Ferner wird es wenig nützen, wenn Staat, Gemeinden und Private die für später beabsichtigten Arbeiten früher ausführen lassen, da dadurch der Arbeitsmangel nicht beseitigt, sondern verteilt wird. Endlich über sieht Dr. Pieper noch, daß auch die beste Organisation der Arbeitsnachweise keine Arbeit schaffen kann, wenn keine da ist. Das er die Zoll- und Steuerpolitik, bei der das Zentrum eine so unruhige, vollseindliche Rolle gespielt hat, gar nicht erwähnte, wundert uns nicht, denn man soll ja im Hause des Ge hängten nicht vom Stricke reden. Alles in allem blieb die Piepersche Rede an der Oberfläche haften und vermißt ein tieferes Eingehen auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Da ist es denn wirklich ein Genuss, die gehaltvollen, gründlichen Ausführungen des sozialdemokratischen Redners Molkenbuhr zu lesen. Diese Rede ist wirklich ein Meisterwerk tiefsgründiger Problemlösung und umfassender Angriffnahme wichtiger Aufgaben des Wirtschaftslebens. Der Redner begann mit einer ironischen Verbeugung vor der ultramontanen Geschäftigkeit: „Heute haben wir zum ersten Male Gesellschaft bei unserer Interpellation über die Arbeitslosigkeit. In früheren Jahren standen wir mit derartigen Interpellationen immer allein, z. B. in den Jahren 1892/93 und 1902. Es gehörte das jedenfalls zu unserer bekannten negativen Tätigkeit, daß wir solche Anträge stellten. Doch wie in anderen sozialpolitischen Dingen haben wir auch hierbei das Zentrum vorwärts gebracht und ich will hoffen, daß es uns auch sonst weiter folgt, insbesondere dann, wenn es gilt, ernsthafte Maßregeln auf diesem Gebiete zu ergreifen.“

Nach dieser kleinen Bosheit ging Molkenbuhr auf sein Thema über: „Die Arbeitslosigkeit ist eine regelmäßige Folge der wirtschaftlichen Krisen, die ihrerseits in der kapitalistischen Produktionsweise mit einer bestimmten Regelmäßigkeit wie Schillers Wäldchen aus der Fremde wiederkehren, weil Konsumtion und Produktion niemals ganz im Einklang sind. Zwischen den Jahren 1892/93 und 1902 lag noch ein Jahrzehnt, während jetzt nur sechs Jahre verlossen sind, bis wir uns abermals vor einer wirtschaftlichen Katastrophe befinden, wie wir sie am Beginn des Jahrhunderts gehabt haben. Und dies, trotzdem die Kapitalisten versicherten, daß sie durch ihre Karrielle und Syndikate eine gewisse Regelung der Produktion herbeiführen wollten. Es ist vielfach die Hoffnung ausgesprochen worden, daß es gelingen könnte, durch diese Organisation der Produktion die plötzlichen Störfaktoren zu überwinden. Noch mehr solcher Organisation als bei uns gibt es bekanntlich in Amerika, und trotzdem sehen wir, daß gerade von dort die gegenwärtige Krise ausgegangen und dort mit der allergrößten Schärfe aufgetreten ist. Wenn wir uns über das Problem der Arbeitslosigkeit unterhalten wollen, müssen wir uns aber nicht allein mit den krankhaften Erscheinungen, den Krisen beschäftigen, sondern müssen auch daran denken, daß es eine ganze Reihe von Erwerbszweigen gibt, bei denen auch dann, wenn keine Krise besteht, eine Periode der Arbeitslosigkeit herrscht. Es sind das teils Gewerbe, die von der Witterung abhängen, wie die Bauarbeiter, Bergarbeiter, Landarbeiter, Binnenschiffer, wo Regen und Frost, niederer Wasserstand usw. die Arbeitslosigkeit verursachen; dann Gewerbe, bei denen nur in gewissen Zeiten die Rohstoffe vorhanden sind, wie bei der Zuckerindustrie, in Konfektionsfabriken usw., bei denen man von einer Kampagne spricht, und dann die Saisonindustrien, wie die Konfektionsindustrie, die Pfefferluchen-, Schokoladenfabriken usw. Weiter haben wir auch mit absterbenden Gewerben zu tun, teils infolge der technischen Entwicklung, teils der wechselnden Mode; ich erinnere z. B. an die Drechsler. Wenn sich die Kapitalisten durch Betriebseinschränkungen gegen die Krise schützen, so kommen die Arbeiter dabei am schlechtesten weg, denn diese Einschränkungen haben Arbeiterentlassungen zur Folge. Nicht nur diejenigen Arbeiter, welche aus der Arbeit kommen, bekommen die Folgen der Krise zu spüren, sondern auch diejenigen, welche in Arbeit bleiben, müssen sich Lohnabzüge gefallen lassen. Allerdings werden die Lohnabzüge nicht immer so grausam und brutal gemacht, daß sie gleich ins Auge springen. Bei der Altordarbeit z. B. verlangt man bei demselben Lohnsatz sauberere Arbeit als vorher, so daß der Arbeit also ohne direkten Lohnabzug weniger verdient. In einigen Gewerben werden neue Arbeiter nur zu niedrigeren Löhnen ange stellt. Die Entwertung der Löhne ist also voll erst zu übersehen, wenn die Krise vorbei ist. Als wir bei der letzten Krise auf die schlechtere Lage der Arbeiter in den königlichen Bergwerken hinwiesen, wurde bestritten, daß Lohnabzüge vorgenommen seien. Nur einzelne wurden als eine Folge des Rückgangs der Kohlenpreise zugegessen. Jetzt sehen wir aber, daß die Löhne von 1137 M auf 921 M zurückgegangen waren, das bedeutet einen Lohnausfall von 4 M pro Woche. Auch in anderen Verhältnissen sehen wir den Lohnrückgang. Ich erinnere nur an die bekannten Befreiungen der Eisenbahnverwaltung in den Jahren 1901/02, worin die einzelnen Verwaltungen aufgefordert wurden, die sie in der Zeit der Prosperitätsperiode mit den Löhnen in die Höhe gegangen seien, so sollten sie jetzt in der Zeit des Niederganges mit den Löhnen wieder herabgehen; neue Arbeiter sollten sie nur zu niedrigeren Löhnen einführen. Wie weit also die Krise wirkt, entdeckt man erst später, und wenn die Krise vorbei ist, haben die Gewerkschaften lange und schwere Kämpfe zu führen, ehe sie die frühere Lohnhöhe wieder zurück erobern.“

Wit Recht hat die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten darauf hingewiesen, daß die Massenarbeitslosigkeit in der falschen Organisation der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsweise begründet ist und auf dem Missverhältnis zwischen der fortwährend gesteigerten Produktionskraft der Arbeiter beruht. Und mit dem selben Recht haben die Gewerkschaften immer wieder hervorgehoben, daß Lohnreduktionen und Arbeiterentlassungen das denkbare ungeeignete Mittel sind, um die Wirtschaftskrisen, die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit zu begegnen. Aber sie predigen eben tauben Ohren.

Der sozialdemokratische Redner fuhr fort: „Dass wir es gegenwärtig mit einer schweren Krise zu tun haben, ist zweifellos. Man muß dabei immer wieder auf die Bissens des „Reichs-Arbeitsblattes“ hinweisen, und nach diesen Bissens hätte man erwarten sollen, daß die Regierung nicht gefragt würde, was sie gegen die Arbeitslosigkeit zu tun gedenke, sondern was sie gegen sie getan hat.“

Wußt denn die Regierung immer erst geschoben werden, um etwas zu tun bei Notständen, die ihr nicht unbekannt seien können? Wie wirkt nun die Arbeitslosigkeit auf die Arbeiter? Die wenigen Ersparnisse sind bald verbraucht, das wirkt deprimierend; bald tritt auch Hunger in der Familie ein, die Krankheiten nehmen erheblich zu. Wie viele Arbeiter aber werden durch die Krise in den Not der Landstraße hinausgeschleudert. Wenn der unberührte Arbeiter kein Geld mehr hat, Post und Logis zu bezahlen, so wird er vielfach zum Betteln gezwungen, und wenn er dabei abgeföhrt wird, dann bestraft ihn der Staat, obwohl der Arbeitslose doch nicht an der Krise schuld hat. Auch vermehren sich in solchen Zeiten die Eigentumsvergehen. Im Jahre 1901, als die Krise sehr einsetzte, berechnete die „Kreuzzeitung“ in einem Artikel vom 14. Dezember die Kosten für Korrektionshäuser etc. in Deutschland auf 150 000 000 M. Sie verlangte allerdings schärfere Strafen. Doch die Strafensachen keine Arbeit für die Leute; es sei denn, daß die „Kreuzzeitung“ daran gedacht hat, daß mehr Gefangnisse gebaut werden und dabei mehr Arbeiter Beschäftigung finden. Nach dem deutsch-evangelischen Jahrbuch des Herrn v. Bodenbwingh betrug die Zahl der Obdachlosen, welche Obdachlosenversorgungen überwiegen werden mußten, in den Jahren 1904 bis 1907 durchschnittlich 20 000, 1907/08 stieg die Zahl plötzlich auf 38 000. Auch die Frequenz des Berliner Asyls für Obdachlose stieg um 74 000 Kölpe gegen das Vorjahr. Für die Gesellschaft sind solche Arbeiter, die an Gesundheit oder moralisch schweren Schaden gelitten haben, vielfach verloren. Würde man die Millionen, die man für die Kranken und Invaliden, für die Verbrecher ausgibt, vorher für dieselben Personen aufgewandt haben, um sie vor dem Versinken in das Elend zu bewahren, so wären sie ihr Leben lang nützliche Mitglieder der Gesellschaft geblieben.“

Auch das sollte Staat und Gesellschaft sich merken, daß jeder arbeitsfähige Mensch ein kostbares Gut ist, das geschont und erhalten werden muß und daß es eine Verschleuderung gesellschaftlichen Reichtums bedeutet, nützliche Glieder der Gesellschaft Körperlich, geistig und moralisch verkommen zu lassen. Und dann ging Molkenbuhr auf den Punkt ein, den der Zentrumsprediger mit dem Mantel der Liebe bedeckt hatte: „Bedeutende Verhärzung ist die Not der Armen noch durch die künstliche Preissteigerung infolge der verkehrten Wirtschaftspolitik, an der auch das Zentrum einen großen Teil Schuld trägt. Von den Lebensmitteln ist nur der Kaffee billiger geworden. Wenn auch die Septemberpreise des Jahres 1908 gegenüber den Septemberpreisen 1907 etwas geringer sind, so sind doch seit August wieder verschiedene Nahrungsmittel, z. B. Fleisch, im Preise gestiegen. Die Linderung der Not muß also nach zwei Seiten vor sich gehen: Erhöhung der Einnahmen der Arbeiter und Verminderung der Kosten ihrer Lebenshaltung. Die Krisen treten immer dann ein, wenn Produkte im Überfluss vorhanden sind. Sind zu viel Wohnungen da, so haben die Bauarbeiter keine Arbeit und die Schneider laufen vielleicht frierend auf der Landstraße herum, weil zuviel Stöcke vorhanden sind. Herr Dernburg hat seinerzeit richtig bemerkt, daß in den letzten 20 Jahren der Nationalreichtum um 30 Milliarden gestiegen ist. Gewiß, das Vermögen der reichen Leute hat in dieser Zeit gewaltig zugenommen. Nach der Veranlagung der Vermögenssteuer ist allein in Preußen das Vermögen in den 10 Jahren von 1895 bis 1905 um 18½ Milliarden gestiegen. Auch das platte Land hat an diesem Vermögenszuwachs teilgenommen. Die Steigerung des Nationalvermögens ist also da. Aber auf die Arbeiter ist nichts entfallen. Sie haben aus Mangel an Absatzmärkten nicht einmal genügend Arbeit. Neue Absatzmärkte müssen wir suchen, allerdings nicht in Wolkenskußheim oder bei den Negern, sondern hier in unserem Heimatlande, wo wir sie massenhaft haben können. Die Massen konsumfähiger zu machen, ist die gesündeste Erweiterung unserer Wirtschaft. Statt dessen wird nicht nur der Massen die Nahrung verteuert, sondern die Regierung ist auch stets dabei, wenn die organisierten Arbeiter der Industrie neue Absatzmärkte durch Erhöhung der Löhne schaffen wollen, dieses Bestreben zu durchkreuzen.“

Was könnten nun Staat, Reich und Gemeinde gegen die Arbeitslosigkeit tun? Eine vernünftige Staatsverwaltung müßte alle Kulturaufgaben auf Jahrzehnte voraus gerade in dem Moment erfüllen, wo überflüssige Arbeitskräfte vorhanden sind. Wie viel Eisenbahnen, Kanäle und Schulen hätten wir noch nötig. Aber freilich, wir haben ja kein Geld zu solchen Kulturaufgaben. Das Zentrum ist mitschuldig, weil es durch Bewilligung aller Forderungen für Heer, Flotte und Kolonien unsere Finanzen so derangiert hat, daß für die Kulturaufgaben nichts übrig bleibt. Mutwillig haben der Staat und alle bürgerlichen Parteien die Gelde verkleidet, die wir jetzt dringend nötig hätten. Die neuen Steuern engen die Arbeitsgelegenheit weiter ein. Die Tabaksteuer wird allen 50 000 Arbeiter brotlos machen. Die Arbeitslosenzählung von Jahre 1895 hat den klaren Beweis erbracht, daß eine Arbeitslosenversicherung möglich ist. Sie ergab im Durchschnitt 167 000 Sterne und 366 000 Arbeitslose. Würde man jedem dieser Arbeiter für jeden arbeitslosen Tag 2 M geben, so würden 220 Millionen Mark ausreichen, um sie zu unterstützen. (Lebhafte Stufe des Staunens rechts: 200 Mill. M.) Rechnen Sie doch einmal nach, was für Heer und Flotte jährlich ausgegeben wird, da sind Ihnen 500–600 Millionen nicht zu viel. 200 Millionen Mark erscheinen Ihnen nur dann als eine ungeheurelle Summe, wenn es sich um Ihre Verwendung für Arbeiter handelt. Aber diese Summe läßt sich auch ausspielen. Von einer Arbeitslosenversicherung haben der Staat und die Gemeinden direkten Vorteil, indem dann die Armenlasten sowie die Kosten für Strafanstalten und Korrektionshäuser erheblich geringer werden. Es ist also berechtigt, daß das Reich zu den Kosten beiträgt, ebenso wie die Unternehmer und die ganz unmittelbar Betroffenen, die Arbeiter. Das Reich hat die Pflicht, hier zu helfen. Es hat eingegriffen in die Lebensverhältnisse der Arbeiter, als es sich um die Volkspolitik handelte. Herr Dr. Hahn war vorher erstaunt, als ich davon sprach, daß 220 Millionen für die Arbeitslosenversicherung notwendig wären. Die Getreide sollte aber kosten die Arbeiter mehr als 220 Millionen, und wenn es nach dem Willen des Dr. Hahn gegangen wäre, so wären die Bälle noch weit höher ausgefallen und er hätte nicht danach gefragt, wo das Brot herkommen soll, um das teure Brot zu bezahlen. Also das Reich hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das

Volk gesund erhalten bleibt. Die Kämpfe der Zukunft werden keine Kämpfe mit Kanonen und Schiffen sein, sondern wirtschaftliche Kämpfe, und Sieger wird das Volk sein, welches die gesündesten und intelligentesten Arbeiter hat. Das wirtschaftlich stärkste Volk wird auch das politisch stärkste Volk sein. Nicht für Kanonen und Panzerschiffe, sondern zur Hebung der Gesundheit, zur Hebung der wirtschaftlichen Macht gebe man Geld aus und man wird für die Zukunft des deutschen Volkes Großes geleistet haben.“

Eine vernichtende Kritik der christlichen Gewerkschaften

II.

Nachdem der Katholik und freie Gewerkschaftler vom Rhein die unchristliche Kampfweise der Christlichen gewöhnt und ein reizendes Porträt von ihren Führern entworfen hat, geht er dazu über, die Bedeutung des Wortes „christlich“ in der Zusammensetzung „christliche Gewerkschaft“ zu untersuchen. Er schreibt nämlich: „In aller Erinnerung dürfte noch sein, daß der deutsche Episkopat den christlichen Gewerkschaften seinerzeit attestierte, daß das ihrer Firma vorgezeigte Wort „christlich“ ein leeres Ausdrücke sei. In welchem Sinne die Bischöfe eine Dupplikation hier im Worte „christlich“ erblicken, soll uns just zum Philosophieren nicht veranlassen. Wir haben seinerzeit in einer Bolemit mit der Befried. Arbeiteratzt.“ in M.-Gladbach uns dieser bischöflichen Detraktion aus wohlvorogenen Gründen angeschlossen, was uns vom Leiborgane Johannis mit dem Ausdrucke „Burische“ und sonstigen M.-Gladbachs „Wohlanständigkeiten“ quittiert wurde, was zuguterletzt doch nicht so schlimm ist, als wenn seitens eines katholischen Arbeiterakretars in öffentlicher Gewerkschaftsversammlung dem Inhaber von zwei Brombeerimmandaten, dem Abg. Giesberts, die kollegiale Bezeichnung „trauriger Feigling“ an den Kopf geworfen wird. Wenn ein solcher Ton bei Brüder zu Hause ist, dann sind wir als Beter eigentlich noch zu gimpflich behandelt worden.“

Man sollte eigentlich meinen, die katholischen Bischöfe müßten es als offizielle, gewissermaßen geachte Vertreter des Christentums – doch wissen, was unter dem Begriff „christlich“ zu verstehen ist. Und wenn sie die Bezeichnung „christlich“ vor dem Namen Gewerkschaft ein leeres Ausdrücke nennen, so ist das sehr schmerhaft für die Herren Giesberts und Konsorten, die das Christentum in Erbacht genommen haben. Wir als gewöhnliche Leute haben uns schon häufig gefragt, ob eine solche Handlungswweise und eine solch gemeine Kampfesart, wie wir sie bei den Christen finden, den Christen verdient. Auch haben wir uns schon manchmal den Kopf darüber zerbrochen, was denn eigentlich mit dem Worte „christlich“ in diesen Zusammenhange gesagt werden sollte. Undere Leute scheinen auch schon darüber nachgedacht zu haben, denn der Verfasser des „Correspondent“-Artikels erklärt: „Schon lange war es unsre Absicht, das Wort „christlich“ in Verbindung mit „Gewerkschaften“ in seinem inneren Wesen weiter zu ergründen und festzustellen, welche logischen Schlüssefolgerungen sich daraus für uns ergeben. Wie haben auch in dieser Hinsicht mehrfach Versprechen mit uns – als Menschen – sehr befremdeten christlichen Gewerkschaftern gepflogen, wobei man uns stets mit einer klaren Deklaration auswich; niemals folgte eine bestimmte, klare Antwort, sondern stets eine langatmige Umseitung, bei deren Ende wir genau so flog waren wie zu Anfang.“

Diese Tatsache überraschte uns eigentlich nie, trotzdem gerade hier eine klare Präzisierung der Notwendigkeit oder des Zweckes des Wortes „christlich“ im christlichen Firmenschild Beweiskraft erheischt. Also klaren Wein schenkt man in dieser Konturen Frage nicht ein; wohl auch Herr Stegerwald nicht, der nach dem Berliner „Arbeiter“ (Organ der katholischen Facharbeiter) erklärt: „Schon lange war es unsre Absicht, das Wort „christlich“ in Verbindung mit „Gewerkschaften“ in seinem inneren Wesen weiter zu ergründen und festzustellen, welche logischen Schlüssefolgerungen sich daraus für uns ergeben. Wie haben auch in dieser Hinsicht mehrfach Versprechen mit uns – als Menschen – sehr befremdeten christlichen Gewerkschaftern gepflogen, wobei man uns stets mit einer klaren Deklaration auswich; niemals folgte eine bestimmte, klare Antwort, sondern stets eine langatmige Umseitung, bei deren Ende wir genau so flog waren wie zu Anfang.“

Dieser Tatsache überraschte uns eigentlich nie, trotzdem gerade hier eine klare Präzisierung der Notwendigkeit oder des Zweckes des Wortes „christlich“ vor „Gewerkschaften“ führte uns zu dem Resultat, daß die christlichen Gewerkschaften sich aus erklärt positiv in Christen zusammensehen müssen, die sich nicht nur als katholisch oder evangelisch oder kurzweg „christlich“ bei der Aufnahme bezeichnen, sondern auch in dieser Hinsicht sich betätigen und, was die Hauptfrage ist, sich der Disziplin und der Kontrolle der christlichen Autoritäten unterstellen. Denn wie können die christlichen Autoritäten die Führung des Beinamens „christlich“ als recht unbillig angebracht erachten, wenn ihnen die Beibringung der Beweiskraft für die Rechtmäßigkeit der Firmierung vorenthalten wird? Aber diese Unterordnung lehnte man in Zürich rundweg ab, daher mit Recht das „Ausdrücke“. „Der „Arbeiter“ scheint uns das Richtige zu treffen. Die Deutung des Wortes „christlich“ vor „Gewerkschaften“ führt uns zu dem Resultat, daß die christlichen Gewerkschaften sich aus erklärt positiv in Christen zusammensehen müssen, die sich nicht nur als katholisch oder evangelisch oder kurzweg „christlich“ bei der Aufnahme bezeichnen, sondern auch in dieser Hinsicht sich betätigen und, was die Hauptfrage ist, sich der Disziplin und der Kontrolle der christlichen Autoritäten unterstellen. Denn wie können die christlichen Autoritäten die Führung des Beinamens „christlich“ als recht unbillig angebracht erachten, wenn ihnen die Beibringung der Beweiskraft für die Rechtmäßigkeit der Firmierung vorenthalten wird? Aber diese Unterordnung lehnte man in Zürich rundweg ab, daher mit Recht das „Ausdrücke“.“

Ei, ei, wenn da so mancher „christlicher“ Gewerkschafter auf die Erfüllung seiner religiösen Verpflichtungen kontrolliert würde, ja, das gäbe mitunter lange, recht lange, verbreite Geschichte! Man ist daher auch so vorsichtig in der Beantwortung nach dem Zwecke des Wortes „christlich“, man erklärt: „es genügt, wenn der Aufzunehmende sich zur christlichen Weltanschauung bekannt.“ Also kurz und blindig: eine bloße Formulierung!

Das ist eine bittere Pillen, die der gläubige Katholik seinen christlichen Brüder zu schlucken gibt. Er folgert sehr richtig, daß der Name „christlich“ eine leere Formulierung ist, wenn die Tatzen und die Lebensweise der Christen den christlichen Grundsätzen ins Gesicht schlagen. Und wir gehen in dieser Beziehung noch weiter und sagen: Ein wahrer Christ muß nicht nur seine religiösen Pflichten erfüllen, indem er die Kirche besucht, sich an den kirchlichen Handlungen beteiligt usw., sondern er muß vor allen Dingen auch sein Leben nach den Grundsätzen Christi einrichten. Und wenn man in dieser Hinsicht die christlichen Gewerkschafter und besonders ihre Führer auf Herz und Nieren prüfen wollte, so würde mancheinlich schlecht bestehen.

Weit Recht weist der Artikelschreiber auch auf die Verschwommenheit des Ausdrucks „christlich“ hin. „Wie unendlich dehnbar kann aber mitunter eine konfessionslose christliche Weltanschauung sein! Die Kirche und (Fortsetzung auf Seite 382.)

Tabelle 1. Tatsächliche Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Filialen für das 3. Quartal 1908.

Die mit * bezeichneten Filialen hatten die Abrechnung im 2. Quartal nicht rechtzeitig eingesandt und sind in dieser Tabelle die Zahlen für das 2. und 3. Quartal enthalten. *) Sonstige Ausgabe.

Einnahme vom 3. Quartal 1908.

Beiträge für die Hauptklasse	M 19005.75
Eintrittsgelder	4003.50
Duplicate	49.50
Protokolle	21.—
Kalender und Broschüren	350.15
Sonstige Einnahmen in den Filialen	109.05
Beiträge für die Filialen	90007.75
Binsen	2148.30
Von der aufgel. Filiale Lauterbach	6.43
Für Broschüren und Protokoll des Gewerkschaftskongresses	11.70
Kalender und Annoncen im Kalender	104.90
Generalversammlung der Strantenklasse der Maler von Krüger	36.—
<hr/>	
Gesamtentnahme .	M 286854.03

Ausgabe vom 3. Quartal 1908.

Agitation	M	8602.—
Bereins-Anzeiger	"	13072.61
Politisches Gewerkschaftsbl. 1. und 2. Quart.	"	162.46
Konferenzen	"	977.20
Streitunterstützung	"	14875.33

Krankenunterstützung	M	16992.60
Reiseunterstützung für Streifende	"	30.70
Sterbeunterstützung	"	4420.—
Gemakregeltenunterstützung	"	2111.30
Rechtschutz	"	471.55
Gehälter der Filialangestellten	"	17442.10
Versicherungsbeiträge der Filialangestellten	"	370.32
Beiträge und Eintrittsgelder	"	90733.95
Günstige Ausgaben in den Filialen	"	5.50
Beitrag an die Generalkommiss. 1. u. 2. Quart.	"	3000.—
Gehälter des Vorstandes	"	2575.—
Hilfsarbeiter und Ausihilfe	"	1100.—
Versicherung d. i. Hauptbürocau Beschäftigten	"	73.32
Vorstand und Revisoren	"	169.—
50000 Broschüren	"	1500.—
Kalender	"	766.35
Drucksachen, Marken und Stempel	"	259.20
Umgangskosten	"	509.75
Miete, Heizung, Licht u. Reinigung d. Büros	"	375.67
Schreibmaterial	"	164.55
Feuerversicherung	"	5.60
Fernsprecher	"	29.40
Porto	"	506.93
Günstige Ausgaben	"	13.84

Gesamtausgabe. Nr. 181316.23

Bijan.

Einnahme	M 286854.03
Ausgabe	" 181316.23
Ergibt ein Ueberschuss im 3. Quartal . . . M 105537.80	

G. Wentler, Passierer

Revidiert und für richtig befunden.

burg, den 15. November 1908.

obler, Vorsitzender. S. Heinrich, Sekretär.
F. W. Klemm, F. S. Müller, Stellvertreter.

D. Buhmann, F. v. Bülle, Stedihoren.

sitionata fiber his in summer 34 deg. Mer.

veröffentlichte Abrechnung des 2. Qua-

Veröffentlichung über die im Rahmen der des „Zettling Anzeiger“ veröffentlichte Abrechnung des 2. Quartal: In der in der Tabelle unter Gotha angeführten 3108 M für Streikunterstützung sind 653.70 M Maßregelungsunterstützung enthalten. Die im 2. Quartal in Gotha ausgegebene Streikunterstützung beträgt demnach nur 2452.30 M. Hierdurch ermäßigt sich die im 2. Quartal ausgegebene Streikunterstützung auf 187099.60 M, während sich die Maßregelungs-Unterstützung auf 1037.60 M erhöht.

Genossen zählen sich unseres Wissens auch zu den Leuten mit christlicher Weltanschauung. Was gäbe das beispielweise für eine interessante Blumenlese, wenn heute oder morgen in Berlin, der Domäne des Gutenbergbundes (gelbe Gewerkschaft), die dortigen Mitglieder desselben auf die Erfüllung ihrer kirchlichen Pflichten hin kontrolliert werden könnten! Wieviel Prozent verdienten dann noch den Namen „christlich“? Und nicht wenige im Gutenbergbund sind es, die von der „Pfaffenwirtschaft“ (wie die Bundesgrößen sich geschmackvoll ausdrücken), von der Verchristlichung nichts wissen wollen, die sich um keinen Gott bemühen — aber dessen ungeachtet ohne Scham sich christliche Gewerkschafter nennen. Das sind Männer!

Da ist es denn kein Wunder, daß die Christen allerlei Winkeljüge machen, wenn man sie fragt, wodurch sich denn eigentlich ihre christliche Gewerkschaftsbewegung von jeder anderen Gewerkschaftsbewegung unterscheidet. Der Untersuchung dieser Frage, der philosophischen Bergliederung und der theologischen Deduktion des Beimortes „christlich“ in Verbindung mit Gewerkschaften, gingen und gehen besonders die Herren christlichen Gewerkschaftsführer recht weit aus dem Wege, denn sie wissen genau, eine philosophisch-theologische Lösung kann sich nur in der Afügung gegenüber dem Ausichtsrechte der beiderseitigen Religionsautoritäten finden. Letzteres wollen die christlichen Gewerkschaften nicht; sie kennen nur eine materielle Begründung, als deren Fazit das „Ausshängeschild“ erscheint. Doch halt: Giesberts will höchstens die Stelle wissen, wo er sich in schweren Stunden hat holen kann. „Was mag das für ein Ding wohl sein?“

In Zürich haben sich nun die Herren Gewerkschaftschristen so gründlich verplappert, daß jetzt die christlichen Führer im deutschen Vaterlande herumziehen und sich gegenseitig weisz zu waschen suchen bzw. einer schiebt die Schall auf den andern. Holland ist in großer Not! Giesbert spricht beständig von „mitverstandenem“, vielleicht in der „Form“ etwas starkem Tabat.

Wir begrüßen an sich das Drängen der christlichen Gewerkschaften nach freiheitlicher Entwicklung und nach Ablehnung der manchmal durchaus falsch und einseitig verarteten christlichen Autoritäten in gewerkschaftlichen Fragen, aber dann streiche man auch das Wort „christlich“, dieses tatsächlich leere Ausshängeschild der christlichen Gewerkschaften!

Das ist auch unsere Meinung, die wir aus langjähriger Beobachtung der christlichen Gewerkschaftsbewegung uns gebildet haben.

Lohnbewegung.

3. Bezirk.

Neben die Firma Mächer-Düsseldorf, die in Kiel auf der Kaiserlichen Werft Anstreicherarbeiten ausführt, ist wegen Nichtinhalts des Lohntariffs die Sperre verhängt.

7. Bezirk.

Nürnberg. Der Bericht in Nr. 44 des B.A. über den von der christlichen Organisation gebilligten Streitbruch eines ihrer Mitglieder, der nach 8 Tagen wieder zu den Fleischköpfen der Victoria-Fahrradwerke zurückgekehrt ist, scheint einem der paar christlichen Mitglieder hier sehr stark in die Arme gefahren zu sein, da der selbe in der Nr. 46 des „Deutschen Maler“ einen mit persönlichen Ausfällen gegen den Herrn Gauleiter gespielten Bericht bringt, der zwar alles das von uns geschriebene vollständig bestätigt, zur Beschönigung aber einige Entschuldigungsgründe anführt, die geradezu klassisches Zeugnis davon ablegen, daß die gewerkschaftlichen ABC-Grundsätze für den Artikelsschreiber noch ein „böhmisches Dorf“ sind. So meint der Begeisterer des „Herrn Gauleiters“, daß dieser Arbeiter in der Fabrik nicht im Alföld, sondern im Tagelohn beschäftigt gewesen sei, die Tagelöhne aber nicht reduziert wurden, sondern „nur“ die Alföldlöhne und deswegen habe der Mann „an und für sich“ mit der Bewegung nichts zu tun gehabt.

Das ist doch mal eine Verteidigung, die, wenn sie gewerkschaftlicher Grundlage wird, es sehr leicht macht, in Zukunft den Streitbruch zu beschönigen. Wie leicht kann man da sagen bei einem Streit, wo Leute stehen bleiben, die schon über den verlangten Lohn haben, diese haben mit der Bewegung „an und für sich“ nichts zu tun. Mit dieser feinen Logik werden wahre Wunder erlost werden, deren Folgen garnicht auszudenken sind.

Als weiterer Grund wird noch angegeben für den Streitbruch, daß der Mann Halbinvalide sei, sodaß es nach Lage der Sache geradezu unverantwortlich gewesen wäre, wenn die christliche Verwaltung das Ersuchen des Kollegen abgeschlagen und damit vielleicht seine ganze Existenz vernichtet hätte.“

Und dabei wird noch bemerkt, daß es ja auch beim letzten Metallarbeiterstreit üblich gewesen sei, die Halbinvaliden in der Arbeit zu belassen.

Der Artikelsschreiber „vergibt“ aber anzuführen, daß beim diesmaligen Kampfe einmütig die Arbeit niedergelegt wurde, also auch die Halbinvaliden waren dabei, weil die freche, herausfordernde Haltung der Direktion anlässlich der unverschämten Abzüge dem Fachdenkern ausgeschlagen hatte.

Wir möchten mal den Kampf sehen, wo es nicht Opfer bringen heißt, wo es nicht vielleicht die Existenz gefosst hätte. Tausende unserer Kollegen haben schon zugunsten der Allgemeinheit ihre Existenz aufs Spiel gesetzt.

Wenn derartige Grundsätze bei der christlichen Organisation propagiert werden, dann braucht man sich schließlich nicht mehr zu wundern, wenn die Leute direkt zum Streitbruch erzogen werden. Sind denn am Ende gehörner im Frühjahr bei unserer Aussperrung auch Existenz auf dem Spiel gestanden oder nur die Existenz des christlichen Verbundes, als nach Landshut z. B. Streitbrüder vermittelten wurden?

Oder sind das auch alles Halbinvalide gewesen? Und wenn der Artikelsschreiber am Schlusse seines Produktes meint, er hätte alle vernünftigen Gewerkschaftler hinter sich mögen wir das Streitbruch nennen oder nicht, so gratulieren wir ihm noch recht herzlich für solche Freundschaft, die von nicht allzu langer Dauer sein wird.

Lackierer.

Der Streit sämtlicher Branchen in der Fahrradsavoir Victoria-Werke in Nürnberg dauert unverändert fort. Zugang von Lackierern nach Nürnberg ist strengstens fernzuhalten.

Die Strebelwerke in Mannheim sind gesperrt. Die Direktion will die Altkordähe um 30—60 Proz. färzen.

Aus unserem Berufe.

Im „christlichen“ „Maler“ Nr. 45 glaubt man in einem Bericht die Verwaltung unserer Filiale Köln auzempeeln zu müssen, indem man behauptet, wir leisten der Firma Schmid beim Tarifbruch Handlangerdienste. Sie, die christliche Organisation, hätte ihre Mitglieder gewarnt, bei dieser Firma in Arbeit zu treten. Troh-alledem seien die Mitglieder des freien Verbandes stehen geblieben. Man sollte fast glauben, daß dem Berichterstatter jedes Verständnis für eine objektive Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse fehlt, oder man hat — wie so oft — wider besseres Wissen geschwundelt. Es heißt Eingangs in diesem Bericht: „Die neuesten Vorgänge bei der Firma J. Schmid u. Schwarz (Engelbertstrasse) zeigen nun gerodezu, nachdem alles verlust wurde, um die Firma zur Einhaltung des Tariffs zu bewegen, öffentlich Stellung zu nehmen.“ Dem Berichterstatter muß zweifellos bewußt sein, daß alle Versuche, die geschehen sind, um Schmid zur Einhaltung des Tariffs zu bewegen, nur von unserem Verband geschehen sind, demnach werden nicht nur die Mitglieder und die Dessenlichkeit belogen, sondern der Berichterstatter belügt sich auch selbst. Eingangs ist nach dem Bericht „alles“ geschehen und zum Schlus wirst man uns Handlangerdienste vor. Der Berichterstatter vermag seinem Gedankengang bei dem Bericht selbst nicht mehr zu folgen und verrät nur, welch ein unheilsbarer Konfusionsrat er ist. Man erhält den Vorwurf gegen uns, nichts unternommen zu haben, dabei ist genannter Bericht zumeist nur ein wördlicher Abbdruck einer Kritik über das Geschäftsgeschehen des Herrn Schmid aus der „Rheinischen Zeitung“, an die wir uns gewandt hatten. Wir würden nicht auf diesen Lügenbericht zurückgesommen sein, wenn nicht Herr Hansen (Hamburg) in den „Nachrichten aus den Gewerkschaften“, womit die gesamte Malermeisterpresse gefüllt wird, hier von Notiz genommen hätte. Wir haben gleich nach dem Bekanntwerden des Tarifbruchs uns an Herrn Werner-Barmen gewandt und ebenfalls in einer Schlichtungskommissionssitzung hierzu Stellung genommen. Wir haben den Instanzweg, dem wir als Tarifkontrahenten nachzuhören verpflichtet sind, eingehalten. In den nächsten Tagen wird es sich entscheiden, ob Herr Schmid für die Zukunft den Tarif anerkennen wird oder nicht; wir werden dann schon weitere Maßnahmen zu treffen wissen, damit die Interessen unserer Mitglieder gewahrt bleiben. Wir können den christlichen Agitatoren nur empfehlen, etwas mehr auf die christlich organisierten Werkstätten zu achten, daß man nicht im Handumdrehen von der östniedrigen Arbeitszeit zur Westniedrig übergeht, ohne Gegenmaßregeln zu treffen, wie dieses bei der Firma Hemming u. Witte der Fall gewesen ist. Wir lehnen es aber ab, für die Zukunft auf solche niedrigen Ansprüche zu erwarten, indem uns hierzu die Zeit und der Platz des „Vereins-Anzeiger“ zu schade ist.

* Submissionsblüte. Herrn e. Für die Maler- und Anstreicherarbeiten eines Schulneubaus wurden folgende Angebote eingereicht: W. Bessel 20.204 M., F. Voßbach 15.416.80 M., F. Engelle 12.409.45 M., Th. Engelle 11.916.95 M., H. Pauls 11.478.05 M., W. Beuhoff 11.455.15 M., Dörfel, Düsseldorf u. Dahlhoff 10.523.87 M., Chr. Kölle 10.481.55 M., F. Preifling 10.369.53 M., D. Baas 9.641.50 M., Gebr. Hilbring 9.935.76 M., D. Schäfer, 9.889.82 M., Fr. Köllebeck 9.228.70 M., W. Gödde 9.132.90 M., Büden u. Kischer 8.493.85 M., H. Wehling 8.191.20 M., Fr. Büder 8.104.73 M., H. Goos 8.093.61 M., H. Hasenkämper 7.832.60 M., B. Abendroth 7.310 M.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Arbeitslosenzählung in Berlin und Umgegend. Die am 17. November vorgenommenen Arbeitslosenmeldungen haben ergeben, daß 41.488 Arbeitslose gezählt wurden. Gibt auch diese Zahl bereits ein erschreckendes Bild von dem Elend und Jammer, dem diese nach Brut und Arbeit ringenden Armen schuldblos auf Grund der heutigen verückten Gesellschaftsordnung preisgegeben sind, so steht doch fest, daß in Wirklichkeit die Arbeitslosigkeit in Berlin größer ist, als sie sich nach diesen Meldungen darstellt. So manche Arbeitslosen werden auf eine solche Meldung gar nicht aufmerksam gemacht worden sein, viele werden wohl auch aus Scheu oder Gleichgültigkeit den Weg nach den Meldebureaus nicht unternommen haben. Später vorzunehmende Zählungen werden hoffentlich nach einem besseren System durchgeführt. Nur durch Arbeitslosenzählungen von Haus zu Haus, welche von zuverlässigen Personen vorgenommen werden, wird es möglich sein, den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit festzustellen.

Die erste Beratung der Gesellschaftssteuer im preußischen Landtag hat gezeigt, daß zu den zahlreichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs, über die noch lebhafte Meinungsverschiedenheiten bestehen, auch die vorgeschlagene Ausnahme besteuierung der Konsumvereine gehört. Von den Rednern der verschiedenen Parteien sprach sich der sozialistische Redner entschieden gegen diese Besteuerung aus, aber auch der Redner des Zentrums machte Bedenken gegen die Unterstellung der Konsumvereine unter die Gesellschaftssteuer geltend, und ihm schloß sich ein konservativer Redner ausdrücklich an. Auch ein freisinniger Redner verlangte, daß die Konsumvereine der Einkommensteuer und nicht der Gesellschaftssteuer unterworfen werden sollten. Diese letztere Forderung muß, wenn mit ihr ausgebracht sein soll, daß die Konsumvereine unter allen Umständen einkommensteuerpflichtig sein sollen, zurückgewiesen werden. Konsumvereine haben, soweit sie lediglich an Mitglieder verkaufen, überhaupt kein Einkommen, sie erzielen lediglich eine Erspartnis. Daß der Begriff Einkommen im steuerrechtlichen Sinne auf die Geschäftserträge der Genossenschaften nicht angewendet werden kann, gibt der preußische Staat selbst zu, indem er alle Genossenschaften, die ihre Geschäftstätigkeit auf den Preis ihrer Mitglieder beschränken, ein-

kommensteuerfrei läßt. Dieser Grundsatz erfährt nur eine Ausnahme: bei den Konsumvereinen. Diese müssen auch Einkommensteuer bezahlen, wenn sie ihren Geschäftsbetrieb lediglich auf den Kreis ihrer Mitglieder befränkt. Heute stehen die Konsumvereine in Preußen also schon unter einem Ausnahmesteuerrecht.

Die Frage der Unterstellung der Konsumvereine unter die Einkommensteuer hat indessen im gegenwärtigen Zeitpunkt nur theoretische Bedeutung. Die Berechtigung dieser Forderung können die Konsumvereine zwar nicht anerkennen, sie sind sich klar darüber, daß vorsätzlich eine größere Sorge die drohende Unterstellung der Konsumvereine unter die Gesellschaftssteuer bildet. Wie der Verlauf der Beratung im Abgeordnetenhaus zeigt, ist es nicht ausgeschlossen, daß diese Bestimmung aus dem Gesetz wieder ausgemerzt wird. Voraussetzung dazu wird allerdings sein, daß die organisierten Konsumvereine in Preußen sich überall recht kräftig rühren und lebhaft protestieren, gegen die neuen Ausnahmen vorwirken. Dazu wird in der nächsten Zeit Gelegenheit gegeben sein, da in den größeren Städten Protestversammlungen gegen die Gesellschaftssteuer durch die Konsumvereine geplant sind. Wenn diese gut besucht sind, werden sie nicht ohne Einbruch bleiben.

Der Hohenzollerprinz und die Bergarbeiter, als der Sohn des Kaisers, Prinz Eitel Friedrich, nach der entsetzlichen Katastrophe auf der Zeche Radbod erschien, wurde er von der Bevölkerung mit erregten Zurufen empfangen. Darüber ärgert sich natürlich die Junktivere, die in einem Prinzen ein höheres Wesen erblickt. So schrieb die konservative „Schlesische Zeitung“ in Breslau: „Die Sozialdemokraten haben mit gehässigen Demonstrationen den Prinzen Eitel Friedrich empfangen, der im Auftrage seines Vaters zur Radbodgrube geeilt ist, um die Teilnahme des Monarchen an dem Unglück zu bezeugen. Es liegt eine empörende Ungerechtigkeit darin, daß Bergarbeiter ihren Stolz an dem Sohne eines Kaisers auslassen, der seit zwei Jahrzehnten unaufhörlich selbst über das sachlich Gerechtfertigte hinausweist, wie viel Herz er für die Bergarbeiter schafft hat. Das ist der Dank der Sozialdemokraten! Troh alles Eisens, troh aller Fürsorge lassen sich elementare Ereignisse nicht verhindern. Das Beispiel von Oberschlesien beweist, daß vergleichbar auch in fiktischen Gruben vorkommt, wo von keiner Schuld kapitalistischer Ausbeuter“ die Rede sein kann. Dagegen hilft auch kein Reichsbergrecht, helfen keine Arbeiterkontrolle! Die Sozialdemokraten bemühen in freier Weise die allgemeine Erregung, um ihre Partizipative zu verfolgen.“

Das byzantinische Schwefelwedeln vor dem Kaiser, der sein warmes Herz für die Bergarbeiter seit zwei Jahrzehnten unaufhörlich bewiesen habe, wollen wir dem konservativen Artikelsschreiber nicht weiter aufmachen. Hundeseelen müssen nur einmal schwefelwedeln — wohl aber wollen wir die Behauptung zurückweisen, daß das Unglück lediglich durch Naturereignisse verursacht sei. Die eingeleitete Untersuchung hat im Gegenteil ergeben, daß das kapitalistische Ausbeutungssystem in ungroßen Teile die Schuld an der Katastrophe trägt. Und was das dumme Geschwätz anbetrifft, daß auf den staatlichen Gruben von keiner kapitalistischen Ausbeutung die Rede sein könne, so scheint der Artikelsschreiber noch niemals etwas von dem Staatskapitalismus und von der Ausbeutung der Arbeiter durch den „Vater Staat“ gehört zu haben. Über er stellt sich dummi. Da ist es denn sehr berechtigt, daß die erregte Bevölkerung „mehr Arbeiterschutz“ forderte.

Interessant ist es, wie sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Grubenbarone, mit der Demonstration abfindet. Wir lesen da: „Wenn ein Hohenzoller-Prinz einer preußischen Stadt einen Besuch macht, wird er mit den traditionellen Ehrenbezeugungen empfangen. Wedermann ist es so gewohnt und niemandem kam wohl schon der Gedanke, daß es auch einmal anders sein könnte. Um so peinlicher wird der Prinz von dem Empfang überrascht sein, der ihm bei seiner Ankunft in dem Unglücksrevier zuteil geworden ist. In der ganzen näheren und weiteren Umgebung hat man zweifellos mit lebhaften Bedauern von den Kundgebungen Kenntnis genommen, die gegen den Prinzen gerichtet waren und ihn ganz unverdient getroffen haben. Er kam mit den besten Absichten, der Bevölkerung die Teilnahme des Königsbautes zum Ausdruck zu bringen und hat sicherlich nicht geahnt, daß die verzweifelte Stimmung der arbeitenden Bevölkerung sich in dieser Weise Luft machen würde. Es mag dem Prinzen, wenn er wieder nach Berlin zurückkehrt, ein Trost sein, daß die Kundgebungen nicht seiner Person galten. Wie wir schon schrieben, sind Schmerz und Bitterkeit über so viel unverdientes Unglück, das plötzlich über die Bevölkerung hereingebrochen ist, die Hauptursachen der Erregung der Menge, die sich in Zurufen Luft macht. Das politische Moment kommt noch hinzu. Die Ereignisse der letzten beiden Wochen haben eine tiefgehende Verstimmung gegen den Kaiser im deutschen Volke erzeugt. Wenn schon konservative Blätter eine Sprache führen, die man noch nie gehört, um wie viel mehr kann man den Gefühlsausbruch der Menge begreifen, die, zudem von zahlreichen sozialdemokratischen und sozialen Elementen durchsetzt, ihrem Unwillen in unverstandenem Drama freien Lauf ließ und den Sohn des Kaisers hören ließ, was sie vielleicht dem Kaiser selbst nicht schärfer zum Bewußtsein gebracht hätte. Wenn Prinz Eitel Friedrich, der uns aufrichtig lebt in seinem Vater von diesem Vorfall erzählt, wird er vielleicht zu der Erkenntnis befragt, daß die Lage doch nicht so harmlos ist, und daß man im Volke, namentlich in den unteren Klassen, absolut kein Verständnis hat für Durchsagen und Abhören vorstellungen, wenn es außerhalb der Höphäre um die Lebensinteressen des Reiches geht.“

Bei dieser Gelegenheit wollen wir unseren Lesern als ein Kuriosum die Auffassung mitteilen, die ein Pfaffenblatt, die „Allgemeine evangelisch-lutherische Kirchenzeitung“ über die Forderung hat, daß der Kaiser sich in seinen Städten etwas mehr Beschränkungen auferlegen solle, da andernfalls der Reichskanzler abbonten wolle. Es heißt dort: „Bon nun an ist unser Kaiser ärmer als der arme Untertan; Privatgespräche sind ihm, wenn er seinem Kanzler gegenübersteht, erlaubt, und dieser ist

der einzige, der davon Gebrauch machen darf. Es muß eine ungeheure Selbstüberwindung zu diesem Zugeständnis gehören haben, und das um so mehr, als tatsächlich just in der "Daily Telegraph" Offiziere der Kaiser völlig verfassungsmäßig gehandelt hat, indem er das verhängnisvolle Manuskript dem Kanzler zur Entscheidung übergab. Gott gebe, daß wir einmal einen Historiker erleben, der im Staatsarchiv noch genügend Material zur Beurteilung des Kaisers vorfindet, auch wenn Bülow mit seinem Monopol auf den Kaiser nicht mehr unter den Lebenden weilt. Dann wird er uns ein Martyrium schildern, wie es selten ist in unserer Zeit; daß Martyrum eines Gebrüder, der tausend Dummheiten untergeben schweigend gedacht hat, der schweigend auch die "Impulsivität" und Schädlichkeit solcher Gedanken bezeichneten ließ, die er selber gar nicht entworen, sondern vom Staatsministerium zum Abschluß oder Verhängnis erhalten hatte, weil es sich um einen politischen Akt handelte; daß Martyrum eines Mannes, der zuvornehm dachte, um sich gegen die Meute aufzulehnen und mit schwerem Herzen sein Werkzeug ein auf sich nahm."

Das verächtliche, speichelreiche Pfaffenfeindes stellt die Tatsachen direkt auf den Kopf. Es spricht von einer Meute und meint damit das Volk, es spricht von einem schwierigen Märtyrer und meint damit den Kaiser, dessen Gedankt allgemein bekannt ist. Solch angewandter heretischer Blöden können nur Pfaffen fertig bringen.

"Die Reichsfinanzreform eine nationale Frage" betitelt sich eine vom Grafen Ernst zu Steinenau im Verlage der "Deutschen Zukunft" (Leipzig) herausgegebene Broschüre, in der ausgeführt wird, daß die schleunige und gründliche Durchführung der Finanzreform eine Notwendigkeit ist, welche nicht nur einzelne Parteien, nicht die Regierung allein, nicht einzelne Stände und Klassen, sondern das ganze deutsche Volk unter Aufwendung aller erforderlichen Kraft und auch Selbstverlängerung jetzt lösen muß, wenn nicht das Gedanke und die Sicherheit unseres Vaterlandes für die Zukunft schwer geschädigt werden soll. Nach einem gleichzeitigen Rückschlag auf die lange Reihe von mißglückten Versuchen und Verschlägen zur Sanierung der Reichsfinanzen und nach einer Schälerung des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges in Deutschland, der eine stärkere Steuerbelastung wohl ermögliche, weist der Verfasser noch eindringlich hin auf die nationale Gefahr der Schuldenwirtschaft im Kriegsfall. Die Broschüre schließt mit dem Wunsche: Möge nicht nur der Reichstag, sondern das ganze deutsche Volk im kommenden Winter, wie Bismarck sagte, "den nationalen Gedanken leuchten lassen vor Europa". Die Gelegenheit ist da."

Das klingt ja recht nett und sehr national. Leider haben die Nationalen und Patrioten die gleiche Ungewohntheit an sich, daß ihre nationale Gesinnung nicht bis zu ihrem Gedenken reicht. Sie führen den nationalen Gedanken im Munde, wenn es aber ans Bezahlten geht, dann drücken sie sich und die unteren Schichten des Volkes müssen den Sack tragen. Die Patrioten bewilligen die Steuern und die "Vaterlandslosen" müssen sie bezahlen. Das ist die nationale Selbstverlängerung und Opferwilligkeit.

Baugewerbliches.

Sozialpolitische Forderungen der Bauarbeiterchaft. In einer gutbesuchten öffentlichen Protessversammlung der Arbeiter des Baubereifs in Hamburg am 17. November im Gewerkschaftshaus, wurde nach dem einleitenden Referat des Gen. Maß über "Die sozialpolitischen Aufgaben des Staates und der Kommunen" einstimmig folgende Resolution angenommen:

"Die baugewerbliche Arbeiterschaft Hamburgs hat zu ihrem tiefern Bedauern wahrgenommen, daß die Hamburger Behörden bei der Vergabe von Staatsarbeiten jede Rücksichtnahme auf die Lage des einheimischen Gewerbes, insbesondere auf die hier üblichen, entweder tariflich oder gewohnheitsmäßig festgelegten Arbeitsbedingungen außer Betracht lassen.

Audere deutsche Staaten und eine Reihe von Städten haben in ihre Submissionsbedingungen Bestimmungen aufgenommen, wonach jeder Unternehmer staatlicher oder städtischer Arbeiten verpflichtet ist, die ortsüblichen, beziehungsweise zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen vereinbarten Arbeitsbedingungen zu respektieren. Für den Fall, daß der Unternehmer seinen Verpflichtungen gegen die Arbeiter nicht nachkommt, haben sich die Behörden das Recht vorbehalten, die Ansprüche der Arbeiter selbst zu erfüllen.

Die Submissionsbedingungen und die Behörden des Hamburger Staates kennen solche Verpflichtungen nicht, und die Folge davon ist, daß die an Hamburger Staatsarbeiten beschäftigten Arbeiter nicht den geringsten behördlichen Schutz gegen Lohnrückstreu, gegen Lohnverluste und gegen allgemeine Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen erfahren. Es werden Staatsarbeiten sogar zu Preisen vergeben, die es von vornherein ausschließen, daß die Unternehmer die ortsüblichen Löhne zahlen können und wollen.

Dieser Zustand hat einerseits dahin geführt, daß sich die hiesige Arbeiterschaft gerade an Staatsbauten häufig gegen die Herausförderung ihrer Lebenshaltung wehren muß, anderseits haben es aber die Neubernehmer solcher Bauten (Ebstunnel, Stadtbahn) durchgesetzt, daß an diesen Arbeiten in immer steigender Menge auswärtige und ausländische Arbeiter in erheblicher Zahl beschäftigt werden. Hieraus erwächst aber der einheimischen Bevölkerung, insonderheit der baugewerblichen Arbeiterschaft, ein schwerer Schaden, der sich bei der seit längerer Zeit herrschenden und noch immer zunehmenden Arbeitslosigkeit außerordentlich stark fühlbar macht.

Die heute, am 17. November, im Gewerkschaftshaus versammelte baugewerbliche Arbeiterschaft Hamburgs fühlt sich nicht nur berufen, sondern auch verpflichtet, gegen die Fortdauer des obwaltenden Zustandes mit aller Entschiedenheit zu protestieren und die Hamburger Regierung dringend zu eruchen, baldigst Abhilfe zu schaffen.

In der Meinung, daß es nicht die Absicht von Senat und Bürgerschaft sein kann, zur Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft beizutragen, und ins-

besondere die einheimische Bevölkerung in der gekennzeichneten Weise zu benachteiligen, beauftragt die Versammlung ihr Bureau, diese Ausgabe dem Senat und der Bürgerschaft zu übermitteln und eventuell diesen Körperchaften Vorschläge zur Beseitigung der geschilderten Missstände und zur Milbung des gegenwärtigen Notstandes zu unterbreiten."

Gerichtliches.

Chemnitz. Der folgenschwere Unglücksfall im Etablissement "Zur Stadt Mannheim", worüber wir in Nr. 28 des "B.-A." berichtet haben, fand am Freitag den 6. November vor dem hiesigen Landgericht seinen Abschluß. Angeklagt war der 38jährige Anstreicher und frühere Fleischer William Bellmann, der sich wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten hatte (§§ 222 und 230 St.-G.-B.). Nach den Ergebnissen der eingeleiteten staatsanwaltschen Untersuchung erschien der unter Auflage gestellte B. als für den schweren Unfall verantwortlich. Der Malermeister Reinecke hatte Bellmann beauftragt, mit noch anderen Arbeitern das Saalgerüst aufzubauen. Da B. diesen Auftrag angenommen, wurde daraus gefolgert, daß er nun auch die Verantwortung dafür zu tragen habe. Der Sachverständige, Baumeister Heidrich, der das Gerüst gleich nach dem Unfall bestichtigt hat, erklärte, das Gerüst sei fach und sachgemäß aufgebaut worden, nur habe der Angeklagte alle Regeln der Vorsicht außer acht gelassen; auf keinen Fall hätte der Angeklagte den morschen Balken verwenden dürfen, infogedessen habe auch er die Verantwortung zu tragen. Als Beweisstück lag der Unglücksbalken dem Gericht vor. Zu seiner Entschuldigung führte Bellmann an, daß bei der Eile, mit der das Gerüst aufgestellt werden mußte, er nicht jeden einzelnen Teil auf seine Brauchbarkeit habe untersuchen können, auch habe er ein solches Gerüst noch nicht selbstständig gebaut, sondern nur ein einziges Mal unter Anleitung eines Zimmermanns mit geholfen; ferner habe er gleichfalls keine Kenntnisse von den Bestimmungen der Unfallverhütungsschriften gehabt. Von den Verunglückten werden nach dem ärztlichen Gutachten drei einen dauernden Schaden davontragen. Der tödlich verunglückte Kollege Wittner ist an einem Schädelbruch auf der Gesichtsseite und an Bluterguß ins Gehirn gestorben. Das Gericht erachtete nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme den Schuldbeweis für erbracht und verurteilte den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu vier Monaten Gefängnis.

Vom Ausland.

Oesterreich. Gesperrt sind in Graz sämtliche Wagenladerereien, weiter die Werkstätten: U. & E. Lederer in Eppan bei Bozen, in Gmunden Friedrich Kluge und in Neustadt an der Lafeschlucht die Werkstätte Josef Leibl.

Ungarn. Gesperrt sind die Städte: Kassa, Szekeschwar und Temesvar. Die Dr. Schloknickische Leistungsergänzungsfabrik und die Anstreicherwerkstatt Joz. Gelberbaum in Budapest sind gesperrt.

Schweiz. Gesperrt sind: Heidegger in St. Gallen; die Werkstätten: Keller in Horgen. Gust. & Jnl. Müller in Wädenswil, Gebr. Beer in Andermatt.

Literarisches.

Das persönliche Regiment vor dem Deutschen Reichstage. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen im Deutschen Reichstage am 10. und 11. November 1908. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 25. S. Die Veröffentlichung des Kaiser-Interviews im "Daily Telegraph" hatte große Erregung hervorgerufen, weil sie mit erschreckender Deutlichkeit zeigte, welche Gefahren für die Böller mit dem persönlichen Regiment verknüpft sind. Diese Erregung fand ihren Niederschlag in den Interpellationen, welche die verschiedenen Parteien im Reichstag einbrachten.

Schützt die Kinder vor den geistigen Getränken! Ein Aufruf an die Frauen aus dem Volke. Von Dr. med. Michael Schachert. 2. Aufl. mit einem Vorwort von Dr. Holitscher. Verlag: Brüder Guschiß, Wien X. Preis 15. Heller.

"In Freien Stunden", Romanbibliothek in Wochenheften. Vor uns liegen die Hefte 45 und 46. Der Hauptroman "Der Haider" von Bucura Dumbrava neigt sich seinem Ende entgegen. Wie uns der Verlag — Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 — mitteilt, wird in dem neuen Jahrgang, der mit dem 1. Januar 1909 beginnt, gleichfalls ein als vorzüglich anerkannter Roman zum Abdruck gebracht. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10. S.

Briefkassen.

Der Nr. 47 des B.-A. konnte das Korrespondenzblatt Nr. 46 nicht beigelegt werden, da es verspätet bei uns eintraf. Der heutigen Sendung liegen deshalb die beiden letzten Nr. des A. bei.

Zur Beachtung für reisende Kollegen. In Danzig befindet sich Herberge und Verkehrshotel in der Maurerherberge: Schüsselbad am 28.

Sterbetafel.

Glauchau. Am 10. November starb unser Kollege August Hartel im Alter von 63 Jahren an der Wassersucht.

Essen. Am 14. November starb an Blinddarmentzündung unser Mitglied Theodor Fischer.

Breslau. Im Alter von 52 Jahren verschied am 19. November unser Kollege, der Anstreicher Karl Müller.

Annaberg. Am 2. November starb unser Kollege Bernhard Lorenz, 49 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Der Kollege Mich. Wilh. S. Bell, Buchn. 43280, geb. 21. Juli 1884 in Breslau, hat in Worms beim Empfang der Weisunterstützung bei dem Kollegen Ph. Weber, Kanstraße 20, sein Notizbuch, Geburtschein usw. aus Versehen liegen lassen. Er wird ersucht, Weber seine Adresse anzugeben, damit dieser ihm seine Papiere nachsenden kann.

Vereinsteil. Bekanntmachung.

Die Wahlyprokolle für die Delegiertenwahl sind an sämtliche Bevollmächtigte der Filialen gesandt worden.

Duplicate wurden ausgestellt für die Kollegen: Stratek, Buchn. 26619, bezahlt bis 26. Woche 08 (Berlin); Kloppe Georg, Buchn. 39649, bezahlt bis 41. Woche 08 (Hamburg); Siegler, Ludwig, Buchn. 47554, bezahlt bis 45. Woche 08 (Stuttgart); Perlich, Frdr., Buchn. 52505, bezahlt bis 43. Woche 08 (Cassel); Blous Frdr., Buchn. 40437, bezahlt bis 31. Woche 08 (Düsseldorf); Blüthgen Robert, Buchn. 34575, bezahlt bis 25. Woche 08 (Oberswalde); Hackmann, Hermann, Buchn. 53026, bezahlt bis 33. Woche 08 (Worms); Frisch Richard, Buchn. 17809, bezahlt bis 25. Woche 08 (Berlin); Mikolajski Franz, Buchn. 40655, bezahlt bis 45. Woche 08 (Posen).

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 17. bis 23. November.

Eingesandt wurde:

Hamborn M. 100.—; Zwicker 200.—; Spandau 400.—; Weißwasser 50.—; Cassel 600.—; Nowawes 200.—; Dorf 70.—; Katowitz 50.—; Potsdam 201.—; Dortmund 300.—; Wedel 81.65.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken.
F. = Butterale. K. = Kalender. M. = Markenmappe.
Br. = Broschüren.

Augsburg 10 K.; Bremen 200 B. a 55. S.; Celle 400 B. a 60. S.; Colmar 10 K.; Görlitz 100 B. a 50. S.; Grefeld 5 K.; Danzig 800 B. a 60. S.; Darmstadt 10 K.; Düsseldorf 10. S.; Frankfurt a. M. 20 K.; Hamborn 800 B. a 25. S., 30 C.; Hannover 100 C.; Liegnitz 200 B. a 50. S.; 400 B. a 20. S.; Lübeck 10 K.; Lüdenscheid 1 Br. a 90. S., 5 K.; Saarbrücken 10 K., 30 S.; Ulm 400 B. a 20. S.; Zwicker 800 B. a 50. S.

H. Wentker, Kassierer.

**Zentral-Kranken- und Sterbtafel
der Maler und veru. Berufsgenossenschafts Deutschlands**
(eingeschriebene Kassenstelle Nr. 71.)

Abrechnung für das 3. Quartal 1908.

Einnahme:

Reisverbunds und Kassenbestand der Hauptkasse am 1. Juli 1908	193 990.54
Kassenbestände in den örtlichen Verwaltungen am 1. Juli 1908	17 796.71
Zinsen von belegten Kapitalien	1 113.34
Beitrigsgelder	1 070.—
Beiträge I. Klasse	84 691.80
Beiträge II. Klasse	163.20
Extrafeuer	1 969.20
Erfolgsleistungen Dritter für gewährte Krankenunterstützung	578.66
Sonstige Einnahmen	296.71
	Summa 301 580.16

Ausgabe:

Für ärztliche Behandlung 10 212.01
Für Arznei und sonstige Heilmittel 6 127.22

Krankengelder I. Klasse 95 750.40

Krankengelder II. Klasse 92.40

Krankengelder an Angehörige der Mitglieder nach § 9 Ziffer 3 des Statuts 1 040.60

Sterbegelder I. Klasse 1 473.80

Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten 5 969.05

Erlöse aus Leistungen an Dritte für gewährte Krankenunterstützung 88.37

Krankenunterstützung 31.30

Zurückgezahlte Beitragsgelder und Beiträge 10 891.89

Verwaltungskosten (sächliche) 2 260.71

Sonstige Ausgaben 411.46

Kassenbestände in den örtlichen Verwaltungen am 1. Oktober 1908 26 818.58

Reisverbunds und Kassenbestand der Hauptkasse am 1. Oktober 1908 200 282.34

Summa 301 580.16

Abschluß:

Die Netto-Einnahme betrug M 89 792.91

Die Netto-Ausgabe betrug " 74 449.24

Ergebnis eine Mehreinnahme von M 15 343.67

Vorstehende Abrechnung ist von uns revidiert und für richtig befunden

Der Ausschuß:

C. Bühlmann, Fr. Köpke, C. Blume, Fr. Ginderen, W. Ries.

Bericht des Hauptkassierers vom 15. bis 21. November.

Überschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingezahlt von Thomen-Nürnberg M. 200; Raitholz-Weissensee bei Berlin M. 100.

Buchungen an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an Fischen-Waldenburg i. Schl. M. 60; Arnswberg-Dortmund M. 300; Höschle-Essen a. d. Ruhr M. 150; Schloss-Weißwasser D. L. M. 3

Anzeigen.**Ein gut gehendes
Maler und Anstreicher-
Geschäft**

am Niederrhein (Preis Feldern) ist wegen Aufgabe des Geschäfts preiswert nebst Wohnhaus und Garten zu kaufen. Führlicher Umsatz von 3-4000 Mtl. Material-Lage günstig, gute Kundschafft wird gesichert. Offert, unter H. H. an die Exped. des Vereins-Anzeiger.

**Der So ege
Adolf Wetzel**

geb. am 23. 5. 1877 in Osterburg, wird gebeten, seine Adresse an A. Kläffke, Viehfeld, Breitestraße 15, gelangen zu lassen. [M. 1.40]

Aufforderung!

Der Maler Karl Schlenker wird ersucht, wegen Erbschaftsangelegenheit seinen Aufenthalt dem Unterzeichneten sofort anzugeben. Reisegeld kann eventuell angewiesen werden. Die Filialvorstände und Vertreutensleute werden hofstlich gebeten, Schlenker auf dieses aufmerksam zu machen. Für Auslagen steht gern ein.

Paul Gebauer, Beppens b. Wilhelmsh. Vöhrenweg 11.

**Wer die Adresse des Malers
Ewald Klee**

kennt, wird dringend ersucht, Mitteilung an Unterzeichnete gelangen zu lassen. K. der am 10. 5. 72 zu El erschloß geboren ist, reiste am 14. d. J. von zu Hause weg, um außerhalb in Arbeit zu treten und wird seitdem vermisst.

Krau Klee, Düsseldorf,
Düsseldorferstr. 28, II.

Filiale Herford.

Sherbergs und Verkehrslokal befindet sich Alter Markt 4. M. 1.— Die Filialverwaltung.

Empfehle den Genossen mein Freudey-Pogis, sowie Mittags- und Abendtisch in reichhaltiger Auswahl. Bahnhofstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

Hermann Stramm
Berlin SO., Ritterstr. 123.

Für 1 M. (Porto 20 Pf. extra)
20 schöne Malvorlagen (Blumen, Früchte, Landschaften, Figürliches etc.) früherer Wert 8—10 M.

Für 3 M. (Porto 50 Pf. extra)
20 schöne grössere Malvorlagen (Blumen, Früchte, Landschaften, Amoretten-Kompositionen, Figürliches etc.) früherer Wert 20—25 M. E. Haberland in Leipzig-R.

Verlangen Sie gratis u. franko!
die künstl. reich illustrierte Prospekte
d. prachtvollen Schülerarbeiten
vom kunstgewerblichen

Institut für Maler

G. Schmid-Engweiler, Zürich.
Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karte 10 S.

Winterverdienst Kreideportraits

gedr. Anleitung zur Porträt-Kreideübermalung „Priatennmalerei“ M. 1.50 franko, keine Briefm. M. Vega, Maler-Retoucheur, Berlin 18, Landsbergerstraße 119.

Versandhaus
in allen Malerartikeln, Farben, Lacke,
Binsel und Schablonen.
Billigste Bezugsquelle in Lubenfarben.
Man verlange Preisliste!

G. Job, Nürnberg, Eckels. 13.

**Malerkalender
für 1909**

Durchaus gegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, und er und Kreisbinder Deutschlands. — 8. Jahrgang. Der Preis beträgt nur für Mitglieder pro Exemplar 60 Pfennig. Bei Partiebestellung von mindestens 10 Exemplaren wird den Filialverwaltungen das Stück zu 55 Pfennig verrechnet, sodass 5 Pfennig für Versandkosten verbleiben. Bei Bestellungen von weniger wie 10 Exemplaren kommt der volle Betrag in Rechnung. Jeder Einzelbestellung von Mitgliedern sind 10 Pfennig für Porto extra beizulegen. Bestellungen sind eingehend an den Vorstand zu richten.

Malerschule gegründet 1896

städt. subv. unter staatl. Aufsicht

Hannover a. d. Weser.

Erfolgreicher Unterricht in der Dekorations-, Holz- und Marmormalerei, sowie Vorträge, Buchführung, Berechnung von Arbeiten etc. durch 5 bestätigte Fachlehrer. Separata. Lehrsaale. Prospekte frei durch den Direktor.

Rheinländische Berufskleidung

ist anerkannt die Beste.

1. Verkaufsstelle: Berlin N., Brunnengasse 119.

2. Berlin N., Invalidenstraße 2.

Eigene Fabrik. — Verkauf zu Fabrikpreisen. — Versand nach außerhalb.

Maler-Kittel

prima Nessel 110 120 130 140 extra schwerer 110 120 130 140

mit schrägen Taschen 2.25 2.50 2.60 2.75 M. in Fallentaschen 3.— 3.25 3.25 3.50 M.

Dress-Hosen und Jacken M. 1.50, 2.45, 3.50.

Erstklassige Kölner Holz- und Marmorschule
Georg Haaf, Köln a. Rh., Gr. Brinkgasse 9.
Leistungsfähige Schule am Platz. Prämiiert auf dem Schleswig-Holsteinischen Malertag für 8 Schülerarbeiten nach Absolvierung eines Winterseminars in Rheine 1. März 1908. Prämiiert Ost- und Westpreussischer Malertag (Brandenburg August 1908). 8 hervor. Ehrendiplome, Anerkennungen und Dankesurkunden von Schülern. Keine Belohnung. Für gute praktische Ausbildung Garantie. Beginn 1. November — 15. Februar.

Nach illustrierten Prospekten gratis.

Fach-Schule für Holz- u. Marmormalerei

M. Nabben, Düsseldorf, Ankerstraße 118.

Gegründet 1896. — Prämiiert mit höchsten Auszeichnungen und Medaillen.

Dortmund 1906. Schüler 1. und 2. Preise. Prospekt frei.

Porenwalze D.-N.-G.-W. Paar 8 Mark.

Aufklärung!

Sie erleben eine grosse Enttäuschung, wenn Sie glauben, die Holz- oder Marmor-Malerei in einem Monat gründlich zu erlernen.

Hierzu benötigen Sie wenigstens 2—3 Monate!

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5.

Grösste Spezial-Schule für Holz- und Marmor-Imitation.

Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Prospekte gratis.

Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4½ monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst!

Aufklärung!

Sie erleben eine grosse Überraschung und keine Enttäuschung, wenn Sie glauben, dass nicht in jeder Schule für Holz- oder Marmor-Malerei 2—3 Monate Unterricht nötig sind und kommen selbst zu der Überzeugung, dass jeder

nur 1 Monat

zur gründlichen Erlernung der notwendigsten 6 Holz- oder 4 Marmorarten bei Fr. Schott bedarf, wenn Sie den neuesten reich illustrierten Prospekt mit Schülerarbeiten bei Fr. Schott (Spezial-Schule d. Br.) Schwerin 1. H. 5 kostenlos verlangen.

Malerschule
von Wih. Schütte,
Hamburg 15.

Epochemachende Erfindung!

Deutsches Reichspatent No. 191582.

Swierzy-Malerei

Das Porträt der Zukunft!

Farbige Gemälde direkt auf Malleinen nach jeder Photographie, z. B. 30/40 cm auf Keilrahmen **MK. 10.—** Absolute Ähnlichkeit garantiert.

Täglich hervorragende Anerkennungen, Preisliste gratis und franko.

Richard Swierzy, Ges. m. b. H.
Berlin C., Wallstr. 89.

Grosser Nebenverdienst!**„Süddeutsche Postillon“**

Humoristisch-satirisches Blatt.

Preis pro Nr. 10 Pf.

Verlag von M. Ernst in München.

Maler-Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegekragen. Nur eigenes Fabrikat.

110 120 130 140 cm lang jetzt 2.75 2.90 3.10 3.25 M.

Hosen aus Nesselstoff 2.— M. Mützen 40 S., Drell-Hosen und Jacken à 2.80 M. Extra-Größen 3.— M. 11. Qualität 25% billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin,
Brückenstraße 13, I.

Malerschule

für Holz- und Marmor-Imitation

von A. Pritschau, Hammelburg (Bayern).

Gründliche in der Praxis bewährte Ausbildung.

— Beginn des Kurzes vom 15. November bis 1. März 1909.

Prospekt gratis.

Tages- u. Abendunterricht

in Holz- und Marmormalerei.

H. Mühl, Altona, Alsenplatz 1, III.

Prospekt frei.

Mod. prakt. Schriftenheft

1.50 M. und 80 Pf., ferner Anleitung zum Schriftenenteilen von König 2.70 M., Schriftenheft mit 100 versch. Schriften von Reihe 2.50 M., 20 Deluben 4 M., Malerkästen und Malerleider billig.

P. Steet,

Nürnberg, Ob. Wörthstr. 18.

Maler-Schule Buxtehude
Grösste Schule für Dekorationsmaler, 1907 wieder goldene Medaille und Ehrenpreis. Progr. d. Direktor Eisenerwag.

Gebr. C. u. H. Dreier,

Bremenhaven, Grabenstr. 22.

Schule für Dekorationsmaler, Holz- und Marmor-Imitation, sowie für Schriften. Matt und Glanzvergoldung. Wintersemester: 1. November bis 31. März Prospekte gratis und franko.

I. Bergische Spezialschule für Holzmalereien.
Höchst vornehm, viele Med. m. Ehrendipl. Erfolg garantiert. MÜNCHEN 1905. Prospekt frei.

Carl Th. Reichenberg, Remscheid-Hasten (Rhld.). Schüler erhalten auf Ausstellungen hohe Auszeichnungen.

Gold-Wipfälle.

Saufen zum höchsten Preis jeden grossen und kleinen Wosten.

Kehrgold Goldwatte und Akkraftgold. Briefe oder Packetendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. May Haupt, Dresden, Blasewitzerstr. 64.

Holz- und Marmorschule

von C. Christen, Hamburg, Ifslandstr. 67, S. 2, III.

Prospekte gratis.

Nur eigene Fabrikate

Maler-Mäntel
nur eigene Fabrikate, erprobte Qualitäten, bequemster Stoff mit praktischen Taschen und Pinselhälften. Männer-Größen: Qual. IV Q. al. III Mk. 2.50 M. 2.75 Qual. II Q. al. I Mk. 3.00 M. 3.50 Lehrlings-Größen 10 Proz. billiger. Nessel-Hosen und Jacken per Stück Mk. 2.00. Drell-Hosen Mk. 1.50, 2.50, 3.50. Als Masse erbitten sogen. Militärgrössen oder Rückenbreite eines Rockes, Versand über ganz Deutschland.

Berufskleidungs-Fabrik Julius Hammerschlag,

Halle a. Saale, Gr. Ulrichsstr. 36.

Vertreter gesucht.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc.

Ph. Brühl, Geisen i. Welt.

Der heutige Nummer liegt die Nr. 47 des Korrespondenzblattes für die Bevöl. mächtigsten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Mart. Hamburg, Schmalenbekerstr. 17. Verlag von H. Wentker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meier, Hamburg 23.